

17/4 '32

SPD. Hamburg, 17. April (Eig. Drahtb.)

Das Polizeipräsidium Altona-Wandsbek teilt mit: Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, in den Büroräumen der Papierwarenfabrik von L.W. Treu & Co., Altona, Friedensallee 38, die noch fehlende dritte Sprengladung, die ebenfalls Hellmann und Koch angefertigt hatten, zu beschlagnahmen. Den Koffer hatte der Prokurist der Firma, der Kaufmann Karl Kienitz, von dem Kaufmann von Wilamowitz-Möllendorf im Auftrage des Hellmann erhalten. Dieser Koffer hatte die gleiche Anordnung wie die in Bad Oldesloe und Neumünster verwendeten, d.h. er war vollkommen montiert bis auf die Zündvorrichtung. Er war gefüllt mit über 10 Pfund einer gefährlichen Sprengmasse. Die Zurücklassung des Koffers in den Büroräumen einer Firma erfolgte, weil dort mit einer Haussuchung nicht gerechnet worden ist. Diese dritte Sprengladung war für einen weiteren Anschlag vorgesehen. Hellmann hatte sich in verschiedenen Orten der Provinz Schleswig-Holstein bereits nach einer geeigneten Stelle erkundigt. Da er noch kein geeignetes Objekt gefunden hatte und auch der Täterkreis bzw. der Kreis der Eingeweihten nicht vergrößert werden sollte, was bei einer gleichzeitigen Anbringung auch der dritten Sprengladung in der Nacht zum 15. März notwendig gewesen wäre, wurde die Ausführung zunächst zurückgestellt. Von Wilamowitz hat zunächst nur ein Teilgeständnis abgelegt.

Im Zusammenhang mit den Anschlägen sind als Mittäter bzw. Mitwisser weiter festgenommen worden: der Kaufmann Karl Kienitz, der Kaufmann Erich Kienitz, der Kaufmann Wolfgang Ammermann, der Schüler Oskar Ammermann, der Kaufmann Adol Andresen. Durch die Festnahme des Kaufmanns Kurt Hambrock, der Führer des aufgelösten "Werwolf" in Hamburg gewesen ist, dürften die Ausführer der Anschläge nunmehr restlos festgestellt sein.

SPD. Auf die Behauptung des kommunistischen Oppositionsblattes "Arbeiterpolitik", dass der Chefredakteur der kommunistischen "Neuen Zeitung" in Jena Müller-Trier ein ehemaliger wilhelminischer Polizeispitzel sei, erwiderte der angegriffene Redakteur, dass die über ihn aufgestellten Behauptungen "Verleumdungen" seien, die von der K.P.D. längst geklärt worden wären. Das rechtskommunistische Blatt hält demgegenüber seine Behauptungen aufrecht und ergänzt sie mit Zitaten aus der "Düsseldorfer Volkszeitung" vom 23. November 1918. Dafür wird der Nachweis erbracht, dass Müller-Trier während des Krieges tatsächlich bezahlter Agent der Düsseldorfer politischen Polizei war. Es liegen sogar entsprechende Quittungen und eidesstattliche Versicherungen Düsseldorfer Polizeibeamter vor.

Die "Arbeiterpolitik" fasst ihre Feststellungen folgendermassen zusammen: "1. Der jetzige Chefredakteur der "Neuen Zeitung" war auf Grund der Feststellungen des Düsseldorfer Arbeiter- und Soldatenrates bezahlter Polizeiagent und hat revolutionäre Arbeiter der wilhelminischen Polizei ausgeliefert. 2. Die Thüringer Bezirksleitung hat im Jahre 1926 einstimmig gegen Müller den Ausschlussantrag aus der Partei beschlossen. 3. Die jetzige Thüringer Bezirksleitung unter Führung von Pfaff, Stephan, Noll, Eyermann und Heilmann weiss, dass Müller bezahlter Polizeiagent war. Trotzdem haben sie ihn angestellt und belassen ihn weiter als Chefredakteur der "Neuen Zeitung" und versuchen, den wirklichen Tatbestand zu vertuschen."

SPD. Paris, 17. April (Eig. Drahtb.)

Als Probeveranstaltung für den 1. Mai haben die französischen Kommunisten einen Aufruf zu einem 24 stündigen Proteststreik an die Pariser Bauarbeiter erlassen, in deren Reihen sich seit einigen Wochen Tendenzen zu einem von den Kommunisten angezettelten wilden Streik bemerkbar machten, dem aber nur etwa

2000 Arbeiter gefolgt sind. Auch die am Donnerstag ausgegebene Streikparole der Kommunisten konnte die Zahl der Streikenden nicht erhöhen. Lediglich auf der Untergrundbahnstation des Kommunistent Viertels Belleville, wo ein Trupp von etwa 150 Streikenden in den Schacht einzudringen versuchte, um die Arbeiter zur Einstellung der Arbeit zu zwingen, kam es zu einem leichten Zwischenfall. Die Polizei konnte die Streikenden ohne Schwierigkeiten zerstreuen.

SPD. In der "Frankfurter Zeitung" lesen wir: "Die Einführung einer Sonderumsatzsteuer von 0,5 %, an der aktiv mitgewirkt zu haben, neben der Wirtschaftspartei vor allem die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu verantworten haben wird."

Das ist der dreisteste Schwindel, der uns je vorgekommen ist. Weil die Demokraten unter Verleugnung ihrer Vergangenheit und Grundsätze die Steuer gegen Warenhäuser und Konsumvereine mitgemacht haben, soll die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der Verantwortung belastet werden? Das böse Gewissen treibt eine sonst anständige Zeitung zu einer niedrigen Agitationslüge!

SPD. Warschau, 17. April (Eig. Drahtb.)

Der polnische Delegierte beim Völkerbund hat von seiner Regierung den Auftrag erhalten, demnächst einen Protestschrift gegen die vom Reichstag beschlossenen Zollerhöhungen zu unternehmen. Die polnische Presse glaubt, dass der polnische Schritt von einer ganzen Reihe anderer Staaten unterstützt werden wird und deshalb in Genf nicht unberücksichtigt gelassen werden kann.

Der Verband der polnischen Landwirtschaftsorganisationen hat der polnischen Regierung ein Memorandum überreicht, in dem darauf hingewiesen wird, dass für den Fall eines Inkrafttretens des Agrarprogramms der Reichsregierung der deutsch-polnische Handelsvertrag für die polnische Landwirtschaft jeden Wert verliert. Die Regierung wird deshalb aufgefordert, entsprechende Massnahmen zu ergreifen.

Die halbamtliche Agentur Press meldet, es stehe noch nicht fest, ob die polnische Regierung auf die Antastung des wirtschaftlichen Gleichgewichts durch Deutschland mit der Ablehnung der Ratifizierung des Handelsvertrages oder mit entsprechenden polnischen Ausgleichszöllen antworten werde.

SPD. London, 17. April (Eig. Drahtb.)

Die Erregung der Öffentlichkeit über die für Dienstag angesetzte Hinrichtung von William Henry Podmore hat sich in den letzten 48 Stunden ausserordentlich gesteigert. Seine Verurteilung wegen Ermordung des Garagenbesitzers Messiter erfolgte auf Grund eines Indizienbeweises, der nach allgemeiner Auffassung starke Lücken aufweist. Das Rechtsbewusstsein der Öffentlichkeit fürchtet, dass hier unter Umständen ein Justizmord begangen werden wird.

Die neue Erregung ist darauf zurückzuführen, dass der oberste Staatsanwalt Sir William Jowitt sich geweigert hat, von dem ihm zustehenden Recht Gebrauch zu machen und das Oberhaus als oberstes Appellationsgericht anzurufen. Die einzige Möglichkeit, die Hinrichtung zu verhindern, liegt in den Händen des Innenministers, der in England einen Teil der Funktionen eines Justizministers bekleidet. Dem Innenminister ist inzwischen eine von 15 000 Personen unterzeichnete Petition gegen die Vollstreckung des Todesurteils unterbreitet worden. Diese Petition erhält dadurch besondere Bedeutung, dass sie u. a. von 4 Ministern der Arbeiterregierung, 75 Mitgliedern des Unterhauses

und 11 bekannten Rechtsanwälten unterschrieben ist. Da in letzter Stunde anscheinend neues Material zur Kenntnis der Behörden gelangt ist, hofft man, dass der Innenminister von seinem Rechte Gebrauch machen und die Todesstrafe in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umwandeln wird.

SPD. Auf Vorschlag des Reichsinnenministers Dr. Wirth hat die Reichsregierung mit dem Zentrumskanzler Brüning an der Spitze einstimmig beschlossen, die von dem früheren Reichsinnenminister Severing angeordnete Sperre der Zuschüsse für die thüringische Polizei mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Warum dieser Beschluss? Nicht, weil Herr Frick plötzlich das hochverräterische Programm der nationalsozialistischen Partei abgeschworen hätte, nicht weil die thüringische Polizei inzwischen kontrolliert worden wäre und sich bestimmte Verdachtsmomente als unbegründet herausgestellt hätten, sondern weil der thüringische Staatsminister dem Gemütsmenschen Joseph Wirth einen, vorher abgekarteten, verhältnismässig liebenswürdigen Brief geschrieben hat, von dem man bisher nicht einmal weiss, ob der Putschist Frick mit ihm einverstanden war oder ist. Was in diesem Brief steht hat Herr Wirth natürlich sofort von Anfang bis zu Ende geglaubt, statt zunächst an Ort und Stelle bestimmte Nachprüfungen vornehmen zu lassen und dann entsprechend zu verfahren. Aber er musste ja entgegengesetzt verfahren, musste so handeln und umfallen wie er umgefallen ist, weil es seit dem Regierungswechsel im Reich garnicht mehr auf eine sachliche Klärung des "Falles Frick" ankam. Es ging seit der Ministerschaft der Herren Schiele, Bredt und Treviranus vielmehr darum, der Rechten einen neuen Köder hinzuwerfen und zu diesem Zweck steuerten die Stahlhelmmänner der Regierung Brüning zielklar darauf hin, den Konflikt mit Thüringen unter allen Umständen aus der Welt zu schaffen. Indem der Republikaner Wirth ihnen auf den Leim ging, indem er die Aktion des Republikaners Severing gegen die nationalsozialistischen Putschisten in Thüringen zerstörte und den Gegnern der Republik das Feld überliess, haben die Stahlhelmstützen des Herrn Brüning ihr Ziel erreicht: Zum Schaden der Republik.

Der Putschist und Hochverräter Frick wird weiterhin auf die thüringische Polizei losgelassen werden, er wird weiterhin im Sinne der Nationalsozialisten gegen die Verfassung, gegen die Republik wirken. Dieser Herr Frick, wegen Hochverrats abgeurteilt, wird aus seiner Haut nie herauskönnen und dass er garnicht heraus will, dass er sich auch als Minister als Nationalsozialist zu betätigen gedenkt, hat er von der Tribüne des Thüringischen Landtags herab offen erklärt. Von alledem scheint Herr Wirth bisher ebensowenig gehört zu haben, wie von jenem geheimen nationalsozialistischen Rundschreiben, das Thüringen für den gegebenen Fall als Hauptoperationsgebiet der Nationalsozialisten erklärt. Wie wäre es, wenn Herr Gröner ihm die notwendige Aufklärung geben würde?

Mit der Aufhebung der Sperre der Polizeizuschüsse für Thüringen hat sich zu dem "Fall Frick" noch ein "Fall Wirth" gesellt.

SPD. New Delhi, 17. April (Eig. Drahttb)

Gandhi, der Führer des passiven Widerstandes in Indien, äusserte sich am Donnerstag zu den Unruhen in Kalkutta, Bombay und Carachi dahin, dass die Greuelgerüchte über das Verhalten der Inder Übertreibungen darstellten. Sofern Übergriffe von indischer Seite vorgekommen seien, waren sie von der Regierung provoziert worden. Es liege auf der Hand, dass die Regierung von Indien keinen Frieden wünsche. An abgelegenen Plätzen wie Dolara und Viramgam seien von der Polizei unaussprechliche Grausamkeiten gegen Vorkämpfer an der nationalen Sache Indiens begangen worden. Ihre einziges Verbrechen sei gewesen, dass sie der

Forderung nach Auslieferung des Salzes nicht stattgegeben hätten.

Gleichzeitig erklärt Gandhi in seiner Zeitschrift "Jung-Indien", dass die Berichte aus allen Teilen Indiens überaus ermutigend seien. Trotzdem sei nicht zu verschweigen, dass die Unterstützung von seiten der Intellektuellen unbefriedigend sei.

SPD. Das Reich hat seine Vertreter aus der Emelka zurückgezogen. Dadurch ist das Schicksal des zweitgrössten deutschen Filmunternehmens entschieden.

Als das Reich vor Monaten die Aktien der Emelka übernahm, liess es sich hauptsächlich von politischen und kulturellen Gründen leiten. Es wollte die Emelka nicht in die Hände Hugenbergs fallen lassen. Ausserdem sollte das Unternehmen vor ausländischer Überfremdung bewahrt und zu einem erstklassigen kulturpolitischen Instrument ausgebaut werden. Aus diesen Plänen wird jetzt nichts. Das Reich hat sich gegenüber der Emelka desinteressiert und hat dem durch die Zurückziehung seiner Vertreter Ausdruck verliehen.

Dieser Schritt ist auf eine Entscheidung des Reichskabinetts zurückzuführen. Die Regierung hatte sich dieser Tage über die vorliegenden Pacht bzw. Verkaufsangebote schlüssig zu werden; u.a. lag das Angebot einer Gruppe vor, die vorzugsweise auf kulturpolitischem Gebiet arbeitet. Sie war bereit, unter Bürgschaft einer D-Bank einen grösseren Betriebskredit zur Verfügung zu stellen und dem Reich eine 8%ige Dividende zu zahlen. Das Angebot ist finanziell als äusserst günstig zu bezeichnen. Ausserdem wollte die betreffende Gruppe Sicherheit dafür bieten, dass sie im Sinne der Weimarer Verfassung wirken würde. Das Pachtangebot wurde jedoch abgelehnt. Dagegen wurde ein Angebot angenommen, das den Verkauf der Emelka vorsieht. Der Verkauf des Unternehmens ist Sache des Reichsfinanzministeriums. Wahrscheinlich wird die Emelka in ausländische Hände fallen und wir vermuten, dass die vielen Vermittler bei diesem Geschäft sehr gut verdienen werden.

Das Reich, in dessen Hände die Emelka zu einem aussichtsreichen Unternehmen hätte werden können, erleidet bei dem Verkauf zweifellos Millionenverluste. Die Steuerzahler haben schon deshalb das Recht, möglichst bald zu erfahren, unter welchen Bedingungen der Verkauf an das Ausland vor sich gehen soll. Sie haben weiter das Recht zu erfahren, weshalb man das Pachtangebot abgelehnt hat.

Wir vermuten auch, dass die ausländischen Erwerber kein Interesse daran haben, die Filmproduktion bei der Emelka weiter zu führen. Sie werden das Unternehmen ausschachten, d.h. die rentablen entbehrlichen Teile verkaufen und die Emelkatheater benutzen, um ausländische Filme vorzuführen. Auch eine Illustration zu der von dem Kabinett Brüning so laut in Aussicht gestellten "nationalen" Politik.

SPD. London, 17. April (Eig. Drahtb.)

Der Beschluss des Reichsrats, in den Reichsetat eine höhere Summe für den Bau des Panzerkreuzers B einzusetzen, hat in London ebenso überrascht wie der Beschluss des Kabinetts, die Entscheidung des Reichsrats hinzunehmen.

Die Blätter beschränken sich bisher auf Meldungen ihrer Berliner Korrespondenten, die teilweise der Meinung Ausdruck verleihen, dass der Vorstoss im Reichsrat nicht ohne Wissen der Regierung erfolgt sein könne. Der "Manchester Guardian" berichtet, dass die Erregung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft über den Reichsratsbeschluss verständlich sei, wenn man bedenke, dass die Regierung wegen des Defizits die Auflösungsdrohung über den Reichstag gehalten habe. Im "Daily Telegraph", der die Meldung seines Korrespondenten "Die deutsche Flotte am Scheidewege" überschreibt, heisst es, dass mit dem Beschluss

des Reichsrats wiederum die Frage aufgeworfen sei, ob Deutschland zum zweiten Male im Sinne von Tirpitz und Wilhelm II. seine Zukunft auf dem Wasser suche.

SPD. Die privaten Gas- und Elektrizitätserzeuger erstreben seit langem die Beseitigung der Steuerfreiheit für die Versorgungsbetriebe der öffentlichen Hand. Bisher sind alle derartige Absichten an dem Widerstand der Sozialdemokratie gescheitert. Um nachzuweisen, dass die von der Privatindustrie geforderte Besteuerung der öffentlichen Versorgungsbetriebe wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch äusserst schädlich und finanziell nicht so bedeutungsvoll ist, wie das die Befürworter immer annehmen, wurde die Regierung auf Antrag der Sozialdemokraten durch den Reichstag aufgefordert, zunächst durch einen Gesetzentwurf die Grundlage für eine Vorerhebung über die tatsächlichen Verhältnisse bei den Versorgungsbetrieben zu schaffen.

Ein solcher Gesetzentwurf ist im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet worden. Seine Zuleitung an den Reichstag verzögerte sich jedoch. Jetzt benutzen privatkapitalistische Interessenten diese Verzögerung, um die Steuerpflicht der Versorgungsbetriebe ohne die oben erwähnte Steuererhebung durchzusetzen. Bereits am 2. April, also wenige Tage nach dem Regierungswechsel, hat der Bund der Elektrizitätsversorgungsunternehmen Deutschlands ein geheimes Rundschreiben versandt, das von dem bekannten Grossindustriellen Heck unterzeichnet ist und in dem über die im Dezember 1929 durch den Rücktritt des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Dr. Hilferding entstandene Situation folgendes gesagt wird:

"Wir glaubten schon ziemlich unmittelbar vor dem Erscheinen des Gesetzentwurfes zu stehen, als die bekannte Krise im Finanzministerium mit Ministerwechsel und vielen frisch auftauchenden brennenden Fragen sich ergab. Der Ministerwechsel schien uns genügenden Anlass zu bieten, um wieder aufs neue das erste Ziel, nämlich die Aufhebung der Privilegien ohne weiteres zu verfolgen."

Am 22. März teilt der Reichsfinanzminister Moldenhauer, wie das Rundschreiben weiter berichtet, dem Geheimrat Kastl vom Reichsverband der Deutschen Industrie mit, dass er den fertiggestellten Gesetzentwurf über die Vorerhebung unverzüglich dem Reichstag zuleiten werde. Diese Erklärung gab Moldenhauer ab, als die Sozialdemokratie noch im Kabinett war. Mit dem Ausscheiden der Sozialdemokratie änderte sich die Situation. Das Rundschreiben berichtet darüber folgendes:

"Alle Dinge sind im Fluss! In dem Zeitpunkt, wo wir dieses schreiben, ist die Sozialdemokratie, die damals sich aufs Äusserste der sofortigen Aufhebung widersetzte, ausgeschifft. Sofern die jetzige Regierung sich hält, werden wir aufs neue wieder versuchen können, die ausgehende Aufhebung - ohne das Vorerhebungsgesetz abzuwarten - in Anregung zu bringen. Die Dinge liegen nämlich insofern jetzt anders, als damals, wo uns bedeutet wurde, man müsste das Vorerhebungsgesetz abwarten, die Sozialdemokratie noch in der Regierung war, während wir es heute in der Regierung nur mit Parteien zu tun haben, die teils 100prozentig, teils überwiegend mit uns der Ansicht sind, dass mit den Steuerprivilegien der öffentlichen Hand sofort aufzuräumen sei".

Nun beachte man folgende Tatsachen: Am 22. März sagt Herr Moldenhauer zu, dass der Gesetzentwurf über die Vorerhebung bei den Versorgungsbetrieben zusammen mit den übrigen Steuergesetzen dem Reichstag zugeleitet werden. Die übrigen Steuergesetze werden dem Reichstag auch vorgelegt, der Gesetzentwurf über die Vorerhebung bei den Versorgungsbetrieben aber nicht. Inzwischen ist nämlich die Sozialdemokratie aus der Regierung ausgeschieden und die Interessenten verlangen von Herrn Moldenhauer statt der Ausführung eines vom Reichstag gefassten Beschlusses die radikale Beseitigung der wohlverordneten und be-

rechtigten Steuerfreiheit der öffentlichen Versorgungsbetriebe.

Warum sollte Herr Moldenhauer, nachdem er sich bei der Arbeitslosenversicherung Herrn Borsig und bei der Ausnahmesteuer gegen die Warenhäuser und Konsumvereine Herrn Drewitz willenlos gebeugt hat, jetzt dem Industriellen Heck Widerstand leisten ?

SPD. Budapest, 17. April (Eig. Drahtb.)

Der bekannte ungarische Literat Hatvanyi, der im vergangenen Jahre in Budapest wegen angeblicher "Schmähung der Horthy-Regierung" zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt wurde, ist am Donnerstag von dem ungarischen Reichsverweser begnadigt worden. Als Hatvanyi neun Monate seiner Strafe verbüsst hatte, erhielt er einen Krankenurlaub, aus dem er bisher nicht wieder in die Haft zurückgekehrt ist.

Hatvanyi hatte in dem Wiener Emigrantenblatt "Jövö" wiederholt Artikel gegen das terroristische Regime der Horthy-Regierung verbreitet. Als er später freiwillig aus der Emigration nach Ungarn zurückkehrte, wurde er verhaftet und vor Gericht gestellt. Mit seiner Begnadigung beabsichtigt Horthy nach der Amnestierung des Notenfälschers Windischgrätz eine Geste der Versöhnung nach links. Viel Glück dürfte er damit nicht haben.

SPD. London, 17. April (Eig. Drahtb.)

Im Mittelpunkt der Unterhaussitzung vom Donnerstag sollte eine mit grosser Spannung erwartete Erklärung des Aussenministers Henderson über den Abschluss der englisch-ägyptischen Verhandlungen stehen. Statt dessen gab Henderson eine Erklärung ab, wonach noch gewisse wichtige Punkte Schwierigkeiten bereiteten, sodass eine kurze Vertagung der Verhandlungen notwendig geworden sei.

Wie verlautet, sind die neuen Schwierigkeiten völlig unerwartet im Laufe der Donnerstag-Vormittagsitzung aufgetaucht. Sie knüpfen sich an gewisse Vorschläge bezüglich des Sudan, die von den Ägyptern unterbreitet worden sind. Die Schwierigkeiten sind umso ernster, als die neuen ägyptischen Forderungen von den Ägyptern als "im höchsten Grade gemässigt" bezeichnet werden, für die britische Regierung jedoch unannehmbar sind. Die Verhandlungen werden nach Beendigung der Osterferien des Parlaments wieder aufgenommen werden.

SPD. Paris, 17. April (Eig. Drahtb.)

Die seit Monaten von Tardieu angekündigten "massiven Steuerermässigungen" sind inzwischen in der Kammer eingebracht worden. Sie bilden das dritte Kapitel in der wenig rühmlichen Geschichte der französischen Steuerreform, die von der Bevölkerung und den Linksparteien seit dem Regime Poincarés gefordert, von der Regierung aber immer wieder hinausgezögert worden ist.

Die unsinnige Sparpolitik des früheren Finanzministers Chéron hat die Steuerzahler zugunsten der Staatskasse, die an die 20 Milliarden stille Reserven aufstaffeln konnte, derartig ausgepowert, Handel und Wirtschaft so weitgehend lahmgelegt, dass sie schliesslich Chéron und mit ihm dem ersten Kabinett Tardieu den Kopf kostete. Als dann das zweite Kabinett Tardieu ans Ruder kam, musste es, um den wiederholten Versprechungen zum Schein wenigstens gerecht zu werden und um der dringenden öffentlichen Meinung zu folgen eine Senkung der Steuerlasten bewerkstelligen, die zusammen mit der ersten Steuersenkung im Herbst etwa $3\frac{1}{2}$ Milliarden Franken ausmachte. Die jetzt eingebrachte Novelle sieht weitere Steuersenkungen im Gesamtbetrage von 1,9 Milliarden vor, die aber ebenso wie die vorangegangene fast ausschliesslich den Börsenspekulanten,

Kapitalisten und dem Luxusgewerbe zugutekommen. Die Steuersenkung erstreckt sich nämlich ausschliesslich auf folgende Abgaben: Kapitalertragsteuer, Börsenumsatzsteuer, Steuer für Automobile, Pelze, Edelsteine, Gold- und Silberwaren, Parfümerien, Hotelrechnungen etc.

Das Kabinett Tardieu kann auf seine neue Leistung mit Recht stolz sein. Es hat es fertiggebracht, einem dringenden Wunsche des Landes entgegenzukommen und "fortschrittliche Finanzpolitik" zu treiben - ohne dabei seinen sozialreaktionären Tendenzen untreu zu werden.

SPD. Die vom Reichspräsidenten nach der Räumung der Rheinlande beabsichtigte Reise in die zweite und dritte Zone des besetzten Gebiets ist für die Woche vom 20. bis 27. Juli vorgesehen. Als Hauptorte für den Besuch des Reichspräsidenten sind der Reihenfolge nach Speyer, Mainz, Koblenz, Trier und Aachen in Aussicht genommen.

SPD. Sofia, 17. April (Eig. Drahtb.)

Der englische Gesandte in Sofia ist von der englischen Arbeiterregierung beauftragt worden, in den nächsten Tagen die Regierungen in Athen, Bukarest und Belgrad aufzusuchen und einen gewissen Druck zur schnellen Bereinigung der zwischen den Balkanstaaten bestehenden Streitfragen auszuüben. Eine Unterredung des englischen Gesandten mit dem bulgarischen Aussenminister hat bereits dieser Tage stattgefunden.

In mazedonischen Kreisen herrscht wegen der bevorstehenden Interventionen der englischen Arbeiterregierung grosse Beunruhigung.

SPD. Die Demokratische Reichstagsfraktion wird - wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird - den Panzerkreuzer-Beschluss des Reichsrats ablehnen und sich auf den Boden der ursprünglichen Regierungsvorlage stellen.

Im Kreise der christlichen Gewerkschaften herrscht über den Reichsratsbeschluss und die negative Haltung des Kabinetts Brüning zu diesem Beschluss starke Erregung.

SPD. Friedrichshafen, 17. April (Eig. Dr.)

Das Luftschiff "Graf Zeppelin" ist am Donnerstag nachmittag um 18,50 Uhr von der Spanienreise in seinen Heimathafen zurückgekehrt. Auf der Rückreise hatte das Schiff gegen starke Winde anzukämpfen, sodass die anfänglich für Mittags in Aussicht genommene Rückkehr sich auf den Abend verzögerte.

SPD. Die Bierpreiskommission des Schutzverbandes der Brauereien hat beschlossen, den Bierpreis ab 1. Mai um den in dem neuen Biersteuergesetz vorgeschriebenen Betrag von M 3,85 je hl zu erhöhen. Der bisherige Preis für einen hl Bier betrug M 36.--, Dazu kam ein Gemeindesteuerzuschlag von 2 Mark. Der neue Bierpreis stellt sich einschliesslich der erhöhten Gemeindesteuer auf 42,25 Mark je hl. Das entspricht einer Erhöhung des hl um 11 Prozent und eines Glases Bier zum Preise von 20 Pfennig um 2 Pfg.

Snowdens Budget.

(Von unserm Londoner Korrespondenten)

SPD. London, am 17. April (Eig. Ber.)

Nur Primadonnen, Filmstars und Boxer atmen die Luft, die Jahr für Jahr am Budget-Tag den britischen Schatzkanzler umweht. Wer immer er sei, - was immer er plane, - er ist vom Zauber des Geheimnisses umgeben, von Zeitungsleuten eskordiert, von Kameramännern verfolgt und von Neugierigen umdrängt. Menschen sammeln sich vom frühen Morgen an vor seiner Dienstwohnung in Downing Street, Menschen begleiten ihn auf dem Weg zum Parlament, Menschenmassen überfüllen die Gallerien und Tribünen des Unterhauses. Wie er sich räuspert und wie er spuckt, wird an diesem Tag beobachtet, verzeichnet, glossiert und gedruckt. Ist es Winston Churchill, konservativer Schatzkanzler in den Jahren 1925/29, so wird die Öffentlichkeit mit all den kleinen, der Nation ach so teuren Zügen vertraut gemacht, die diesen ewigen Schulbuben kennzeichnen. Die ganze Nation wünscht, so scheint es, einen Tag lang waghalsig, kampfmütig und verantwortungslos zu sein, wie er. Die Nation trägt Churchill. Ist es Snowden, so ist das Land an diesem Tag aller Tage auf kaustischen Humor, auf Yorkshire-Biederkeit und Fanatismus der Ehrlichkeit gestellt. Die Nation trägt Snowden.

Der Fremde mag zuerst glauben, dies sei nichts als eitler Firlefanz. Aber er wird vielleicht später entdecken, dass solcher Heroenkult des Schatzkanzlers mit seiner Eintagsglorie eines tieferen Sinnes nicht entbehrt. Nicht ganz umsonst steht der britische Schatzkanzler stärker im Brennpunkt als seine Kollegen in Deutschland, Frankreich oder Italien. Ist er doch ganz anders das Subjekt seines Budgets als irgendein kontinentaler Finanzminister. Keiner unter ihnen ist frei. Jeder ist von den politischen und sozialen Grundlagen seiner Regierung, der Wirtschafts- und Finanzlage seines Landes und den Mehrheitsverhältnissen seines Parlaments bestimmt. Aber der englische Schatzkanzler ist traditionell, innerhalb der gegebenen Grenzen, souverän. Er hat bestimmte Summen zu finden, in denen sich die Finanzlage und die Politik seiner Regierung spiegelt. Aber er ist beinahe frei darin, wie und wo er sie findet. Sein Budget entspringt keinem Kompromiss der Fraktionen und auch das eigene Kabinett wagt nicht, sich einzumischen. Selbst der Ministerpräsident, so unglaublich es klingen mag, wird vom Schatzkanzler erst am Vorabend des Budgets nur von ungefähr unterrichtet; das Kabinett selbst aber erfährt die Geheimnisse erst am Budgetmorgen, an dem nichts mehr zu ändern ist. Der britische Finanzminister schwebt nicht nur darum hoch über allen seinen Kollegen, weil er selbst entscheidet, sondern auch weil dem Parlament so gut wie keine andere Wahl gegeben ist, als ja oder nein zu sagen. Es kann die Regierung über dem Budget stürzen, aber es kann keinerlei Etatserhöhung vornehmen, kann nicht mit ihm feilschen oder ihn erpressen. So ist er wahrhaftig der Held der Stunde, wenn er an der Dispatch-Box stehend zur Budgetrede ansetzt.

Snowdens jüngstes Budget siegelt denn auch den Mann in höherem Grade persönlich wider als irgendein anderes europäisches Budget seinen Finanzminister. Es ist ein anständiges Budget. Churchill pflegte mit der Freude eines kleinen Jungen mit Ziffern und Posten zu jonglieren, Fehleinnahmen durch kleine Tricks wegzuzaubern und rücksichtslos Fonds zu plündern, die für andere Zwecke geschaffen waren. Aus Snowdens Budget strahlt das Antlitz eines ehrlichen Kaufmannes. Er sucht nichts zu verbergen, er kennt keine Ausflüchte. Er hat ein Defizit von seinem Vorgänger übernommen, hat mit sinkenden Einnahmen gewisser Steuern zu rechnen und für die gesteigerte sozialpolitische Tätigkeit seiner Regierung Mittel zu finden. Snowden sucht nichts zu verheimlichen. Er geht daher direkt auf die Einkommensteuer, diese Säule der britischen Finanzpolitik zu, erhöht die Zusatzsteuern für die Rieseneinkommen und holt sich durch eine stärkere Staffelung der Erbschaftssteuern das Nötige.

Dabei verfährt er keineswegs mechanisch. Er schont die kleinen und mitt-
leren Einkommen und packt dafür die grossen stärker an. Er schont innerhalb
seiner Steuererhöhungen die Arbeitseinkommen und zieht die Schraube für die
arbeitslosen Einkommen an. Seine Steuererhöhungen treffen kaum jemand, der unter
tausend Pfund Sterling (also Mk. 20.000) verdient, sie fordern von dem Unver=
heirateten mehr als von den Verheirateten, von den kinderarmen Familien mehr
als von den kinderreichen. Sie treffen keinen Menschen beim nötigsten, nicht
einmal bei seinem Spartrieb. Dreiviertel aller Bürger werden überhaupt nicht
berührt. Snowden setzt erst dort an, wo der höhere Luxuskonsum beginnt oder
die Sparsamkeit zur Investition von Kapital geworden ist. In seiner Zollpoli=
tik bleibt er Freihändler. Aber seiner Wirksamkeit ist hier durch das Defizit
eine enge Grenze gezogen. Er hat die Mac Kenna - Zölle nicht aufgehoben; die
Industrieschutzzölle wird er nicht erneuern, wenn sie ablaufen. Es ist ein
Kompromiss, aber verständlich genug in einer Zeit, in der der Protektionismus
wuchert und den Freihändlern durch die Haltung der Regierungen der übrigen
Staaten das Leben erschwert wird.

Hier setzt die Kritik ein. Die Schutzzöllner toben über Snowdens frei=händlerische Prinzipien, wiewohl er ihnen praktisch im Budget keinerlei Aus=
druck verleihen konnte. Die Fresselords und ihr Anhang sind über die Steuer=
erhöhungen erbost. Snowden, so heisst es, drosselte die Kapitalanlage, er rühre
an den Kapitalhintergrund der Nation. Es ist das alte, alte Argument. Aber der
Schatzkanzler lächelt. Er ist ein zu guter Oekonom der Nation, um nicht das
Für und Wider sorgfältig gewogen zu haben. Er weiss, dass sich abgesehen vom
Moralischen (das sich für ihn von selbst versteht) auch ökonomisch die ge=
steigerte Kaufkraft der Millionen infolge gesteigerter Sozialpolitik gegen
die Fanatiker der Kapitalbildung verteidigen lässt. Die führenden Männer der
City haben es oft genug selbst betont, dass mehr Geld als je nach Anlage sucht
und dass für jede aussichtsreiche Produktion das notwendige Kapital vorhanden
ist. Der konservative Entrüstungssturm ist kurzlebig, wie ein Aprilschauer. Er
ist künstlich, wie Theaterdonner. Er ist unehrlich wie die Leidenschaft im Film.
Kaum ist die Empörung aufgerauscht, so ist sie auch schon wieder vorüber. Snow=
den hat sich keine finanzpolitische Blösse gegeben.

Ernster als dieser Angriff von rechts ist die Attacke von links. Die Radi=
kalen im Arbeiterlager tadeln die Snowden'sche Orthodoxie, die Rechtgläubigkeit
seiner Finanzpolitik, die die soziale Entwicklung und sozialistische Verwirk=
lichung der Entscheidung des Parlaments überlässt und das Budget zum Ausdruck
der politischen Kräfte und nicht zum selbständigen Hebel für die Umformung der
Wirtschaft macht. Diese Gruppe hat Snowden den Krieg erklärt, weil er die Rei=
chen nicht stärker belastet, die Einkommensgliederung nicht stärker verändert,
den Sozialismus nicht durch die Hintertür des Budgets eingelassen hat. Auffas=
sung steht hier gegen Auffassung und niemand wird den Männern von der Clyde
das Recht zu ihrer Ueberzeugung absprechen.

Nicht das Recht zu ihrer Ueberzeugung - wohl aber die Berechtigung ihres
Tadels! Das Parlament ist in seiner Mehrheit nicht sozialistisch, es hat dem
Schatzkanzler keine sozialistische Aufgabe gestellt. Snowden ist der Sachwalter
der parlamentarischen Beschlüsse. Weigerte er sich, diese Situation anzuerken=
nen, handelte er nach dem Rezept der Linken, so risse er die Führung der Poli=
tik an sich, so usurpierte er die Rolle des Ministerpräsidenten, der Fraktion,
der ganzen Partei und stürzte das Land Hals über Kopf in Neuwahlen. Snowden
hat darauf verzichtet, sich zum Diktator aufzuwerfen. Er hat auf Sicht budge=
tiert. Er gibt der Regierung, was der Regierung ist, und was sie bei den Libe=
ralen durchsetzen kann; er überlässt es, seinen demokratischen Grundsätzen ge=
treu, der Gesamtheit der Berufenen das Ausmass und Tempo der sozialpolitischen
und sozialistischen Entwicklung zu bestimmen. Er hat in seinem Budget als ein
ehrlicher Makler zwischen seinem Gewissen und der politischen Forderung der
Stunde gehandelt.

Blößen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Das neueste Modewort.

SPD. Der politische Dilettantismus reiht in den bürgerlichen Parteien: Triumphe. Er wälzt die abenteuerlichsten Pläne und verkündet verstiegene Projekte. Das Motiv ist alt und immer wieder dasselbe: Tiefe Unzufriedenheit damit, dass trotz Bürgerblock und Brüning die Entwicklung der Sozialdemokratie unaufhaltsam vorwärts geht. Was soll man da machen? Man sucht nach dem ret-
tenden Wort.

Das neueste Modewort heisst Konservativ. National - das ist schon gänzlich abgebraucht. Soviel haben sie schon begriffen, dass damit keine Proselyten mehr gemacht werden können. Auch die Worte Deutsch und Volk sind nicht mehr so recht beliebt, sie haben ihren Fetisch-Charakter verloren. Aber konservativ, das hat seit der Revolution so ziemlich im Verborgenen geblüht. Es klingt nicht so hart wie Bürgerblock, es hat an sich einen Geruch nach anständigen Leuten und Distanzierung von der Sozialdemokratie und der Masse, es wird umweilt von einem Lüftchen vom alten System. Konservativ, das ist wie ein Hauch aus der guten alten Zeit, es verbinden sich geheime Sehnsüchte damit und neue Hoffnungen.

Man muss es nur gehörig mischen. Viele Köche sind in der bürgerlichen Mitte und auf der Rechten am Werke, und so haben wir eine ganze Reihe von politischen Kochrezepten, bei denen das Wort Konservativ den Grundstoff abgibt. Da haben wir den demokratischen Konservatismus (Marke Brüning). Von anderen wird angepriesen die Mischung von Volk und Konservativ (Patent Treviranus). Die älteren Leute, die es noch nicht so richtig begriffen haben, wollen Konservativ mit National mischen und das Ergebnis ist die ersehnte Nationalkonservative Partei (Marke Westarp). Gekrönt wird diese Sammlung von dem Rezept eines Kommenden demokratisch-liberal-konservativen Blocks (Marke Koch, Scholz, Treviranus).

Das Letzte ist entschieden das Schönste! Die Paarung von liberal und konservativ - man hat das bisher für entgegengesetzte Begriffe angesehen - gleicht zwar einer Ehe von Hering und Kaninchen, aber je blödsinniger umso grösser die Begeisterung der politischen Dilettanten. Es lebe das Schlagwort! Was erfindet man schliesslich nicht alles, um den Katzenjammer vor der Stärke der Sozialdemokratie zu bekämpfen!

Artikel 109 der Reichsverfassung.

Der stellvertretende Kommandant des Deutschen Flottengeschwaders im Mittelmeer, Kontreadmiral Gladisch, hat vom spanischen König das Grosskreuz für Verdienste zur See verliehen erhalten. Worin diese Verdienste zur See bestehen, ist nicht näher bekannt, aber der Kontreadmiral hat die Auszeichnung trotz des Artikels 109 der Reichsverfassung mit Dank angenommen.

Er kann sich zu seiner Entschuldigung auf Vorgänger verufen. Bei Reichskanzlern und Aussenministern finf es an. Andere Minister folgten nach, dann kamen die Staatssekretäre, nach ihnen Reichstagsabgeordnete und nun sind die Militärs an der Reihe.

Nun aber endlich Schluss! Gilt die Verfassungsbestimmung des Artikels 109 oder gilt sie nicht. Ist die Reichsverfassung nur eine Sonntagsnachmittagsangelegenheit für gläubige Republikaner und gewöhnliche Staatsbürger, auf der Admiräle und Abgeordnete, Minister und Reichskanzler nach Belieben ungestraft herumtrampeln können?

Einladung zur Hinrichtung.

Die Gegner der Todesstrafe sind bedauernswert. Sie haben noch nicht begriffen, welche herrliche Einrichtung eine Hinrichtung darstellt! Ein Münchener Ordensgeistlicher hat sich das Verdienst erworben, in der kirchlichen Beilage des "Bayerischen Kurier" auf die Gnadenfunktion der Todesstrafe hinzuweisen. Er erzählt, dass er bereits eine grosse Anzahl von Verurteilten zum Tode geführt habe und versichert :

"Ich habe den Unglücklichen gegenüber nie ein Hehl daraus gemacht, dass ich in ihrem eigenen Interesse den Vollzug der Todesstrafe wünsche, weil ich weiss, dass nur die an sich harte Todesstrafe geeignet ist, einen solch unglücklichen Verbrecher mit Vertrauen gegen den barmherzigen Gott zu erfüllen und ihm die Gnade eines guten Todes zu vermitteln."

Der gute Tod beim Morgengrauen auf dem Schaffott im düsteren Gefängnishof wahrlich eine Gnade! Aber, so versichert der Ordensgeistliche, alle Härte wird aufgewogen durch die Zeit vor der Hinrichtung: "Die wird dem Unglücklichen - so versichert der Ordensgeistliche - durch einen in den Leidenstagen ihm zum Freunde gewordenen Priester derart erleichtert, dass jeder, der wüsste, wie es da zugeht, und was einem solchen Unglücklichen geboten wird, sich sagen müsste: Wäre nicht die Schuld, wahrhaftig eine solche Vorbereitung auf den Tod wünschte ich mir auch."

Das ist geradezu eine Reklame dafür, sich einen Kopf kürzermachen zu lassen! Eine Gnade, die schönste Vorbereitung für das Himmelreich, die man sich denken kann! Wir erwarten, dass alle, die von diesem Ordensgeistlichen überzeugt werden, dass die Todesstrafe beibehalten werden muss, sich geradezu danach drängen werden, dieser Gnade teilhaftig zu werden. Bitte, meine Herren, wer fängt an ?

Mannesmut beim Hakenkreuz.

In der "Lauschaer Zeitung" vom 9. April 1930 lesen wir die folgende de- und wehmütige Abbitte :

"Erklärung. Die in dem anlässlich unserer Kundgebung am 29. Juni v. J. herausgegebenen Flugblatt enthaltenen Behauptungen über die Person des sozialistischen Gemeinderats Wagner betreffend Industrierverschleppung nehmen wir als unwahr zurück. Die betreffenden Äusserungen sind von uns gebraucht worden wider besseres Wissen, lediglich in der Absicht, Herrn Wagner und damit die Ortsgruppe der S.P.D. zu verleumden und eine arbeitslose Masse aufzuhetzen. Ortsgruppe N.S.D.A.P., Otto Kestner."

Erst verleumden sie, und dann tun sie in so unwürdiger, sich selbst beschimpfender Form Abbitte. So sehen sie aus, die Helden vom Hakenkreuz. Sie zeigen sich lieber öffentlich als Hetzer und Verleumder und gestehen ihre Schande, als dass sie einige hundert Mark Geldstrafe zahlen. Wie müssen sie sich fühlen, wenn sie schwarz auf weiss das Bekenntnis ihres Mannesmutes vor sich sehen?

Ernstere Komplikationen.

Die echten bayerischen Monarchisten und Legitimisten stehen vor einer traurigen Tatsache. Um die Nachfolge des bayerischen Thronprätendenten, des Exkronprinzen Rupprecht, ist es übel bestellt. Der älteste Sohn des Kronprinzen Rupprecht hat sich mit einer Gräfin Marie Draskowich verlobt. Es ist kein Zweifel darüber, wenn man den Stammbaum der Gräfin Draskowich nachprüft, dass es sich um eine unebenbürtige Ehe handelt. Was soll aus dem bayerischen Legitimismus werden, wenn solches in der Familie des Prätendenten einreißt ?

Aus aller Welt

Das Recht auf Hunger.

Darf ein Mensch zwangsernährt werden?

SPD. Madame Hanau, die im Mittelpunkt eines grossen Pariser Finanzskandals steht, hat kürzlich ihren Hungerstreik beendet. Dieser seltsame Streik und die Zwangsernährung haben in Frankreich die Frage aufgeworfen, ob ein wegen eines Vergehens in Haft gehaltener Bürger das Recht besitzt, die Nahrungsaufnahme zu verweigern. Im Falle Hanau hat der Untersuchungsrichter die Zwangsernährung diktiert und trotz heftigsten Widerstandes wurde der Gefangenen, mittels einer Sonde, Milch und Kaffee eingeflösst. Diese Prozedur war für Madame Hanau mit grossen Schmerzen verbunden. Da die Streikende jedes Mal die in den Mund gesteckte Glasröhre zerbiss, wurde die Sonde schliesslich durch die Nase gesteckt. Madame Hanau protestierte gegen diese Zwangsernährung. Ihr Verteidiger reichte gegen den Untersuchungsrichter eine Klage ein wegen Nötigung und Körperverletzung. Das Gericht wies die Beschwerde ab, ohne dass die Diskussion über die Zwangsernährung damit ein Ende gefunden hatte.

Ein Teil der Pariser Gelehrten ist der Ansicht, dass ein Arzt nicht das Recht habe, einen Gefangenen gegen seinen Willen zu ernähren. Die Gegenseite macht geltend, dass der Hungerstreik ein langsamer Selbstmord sei, den das Gericht nicht zulassen dürfe. Ein Hungerstreikler sei nach einigen Tagen ein kranker Mensch und nicht mehr im Besitz seiner vollen geistigen Kräfte. Als Unzurechnungsfähiger wäre er nicht mehr in der Lage, die Folgen seines Tuns zu beurteilen. Das Leben eines Streikenden sei daher gesund zu erhalten. Darauf antworten die Pro-Hungerstreiker: die Zwangsernährung verletze die individuelle Freiheit des Einzelnen, die das höchste Recht des Bürgers bilde und deren Verletzung ein strafbares Verbrechen sei. Die Zwangsernährung komme einem physischen Eingriff gleich. Auch sonst dürfe ja kein Arzt ohne die Einwilligung des Kranken eine Operation vornehmen.

Die medizinische Akademie hat die Frage des Hungerstreiks und die hierbei von den Aerzten zu beachtende Haltung inzwischen auf die Tagesordnung ihrer nächsten Sitzungen gesetzt. Hervorragende medizinische Wissenschaftler wurden zur Prüfung des Problems und zur Erstattung eines Berichtes aufgefordert.

+ + +
Ein Siedlungsschwindler. "Generaldirektor" Terhorst, der Gründer des Heimstättenbaubundes Halle, ist verhaftet worden. Als Gummibandreisender kam der frühere Zuchthäusler Terhorst im Oktober 1927 nach Halle. Begünstigt durch die grosse Wohnungsnot warb Terhorst für seine Siedlungsgesellschaft durch Vorspiegelung falscher Tatsachen zahlreiche Mitglieder. Der Verein verwandelte sich in eine Genossenschaft, der Gummibanreisende wurde Generaldirektor. In ganz Mitteleuropa machte die seltsame Gesellschaft Propaganda. Auch Tochtergesellschaften wurden gegründet. Sogar eine eigene Bank, die Spar- und Kreditbank G.m.b.H., Halle, wurde zur Finanzierung der Pläne errichtet. Die Mitglieder der Genossenschaft - ihre Zahl stieg auf 450 000, hatten 50 Mark Anteil einzuzahlen. Tatsächlich wurden auch eine Anzahl Häuser gebaut. Oeffentliche Stellen gewährten dem Heimstättenbaubund sogar Hypotheken. In der Mitte des vorigen Jahres traten bereits Zahlungsstockungen ein. Nachdem zahlreiche Unternehmer sich geweigert hatten, für die Gesellschaft weiterzuarbeiten, wurden die Mitglieder stutzig, liessen sich jedoch zunächst durch

Ausflüchte Terhorsts hinhalten. Zu dem grossen Skandal kam es am 2. März dieses Jahres, als sich bei der Generalversammlung der Spar- und Kreditbank Halle herausstellte, dass Terhorst grosse Schwindeleien verübt hat, indem er einen Teil der eingezahlten Gelder in seine Taschen hatte fliessen lassen. Er wurde fristlos entlassen. Die Staatsanwaltschaft stellte bisher 169 000 Mark Verlust fest. Es ist fraglich, ob der Heimstättenbaubund seine Tätigkeit fortsetzen kann.

+ + +
Eine schwimmende Nachtherberge. Die Zentralleitung der Pariser Heilsarmee hat für die zahllosen Obdachlosen der französischen Hauptstadt, die meist unter den Seinebrücken oder in anderen Quartieren des Elends, fast immer jedenfalls im Freien, übernachten, ein Heim geschaffen, in dem die Ärmsten der Armen für wenig Geld bzw. umsonst ein Unterkommen finden können. Die Heilsarmee hat ein ausser Betrieb gesetztes Seinepersonenschiff angekauft, und in ein schwimmendes Nachtsyl verwandelt. Die ungewöhnliche Herberge ist in der Nähe der Pont des Arts im Zentrum der Stadt verankert.

+ + +
Wer fährt in die Schweiz? Aus einer Statistik über den Touristenverkehr in der Schweiz ergibt sich, dass die Schweizer mit 41 Prozent das verhältnismässig grösste Kontingent der Besucher ihrer Kurorte stellen. An zweiter Stelle steht Deutschland mit 24 Prozent. Es folgen die Engländer mit 8%, die Amerikaner mit gleichfalls 8%, die Franzosen und Belgier mit 6%. Die Gesamtzahl der Schweizer Kurgäste ist seit 1926 unaufhörlich gestiegen und hat die Vorkriegszahl weit überschritten.

+ + +
Das Land der Hundertjährigen. Nach den neuesten Ermittlungen der bulgarischen Bevölkerungsstatistik zählt Bulgarien heute bei einer Einwohnerzahl von rund 5½ Millionen insgesamt 158 Personen, die hundert Jahre alt und älter sind; 85 Personen sind Männer und 73 Frauen. Mithin entfallen auf eine Million Einwohner rund 29 Hundertjährige. Die meisten der Greise - der älteste zählt 118 Lenze - sind von Beruf Schäfer, also Leute, die in der glücklichen Lage waren, ihr ganzes Leben bei stiller nervenschonender Beschäftigung, in der Natur zu verbringen. Die Feststellungen über die Lebensweise der Alten haben ergeben, dass die Leute sich in erster Linie vegetarisch ernähren, wenig rauchten und mehr Yoghurt als Alkohol tranken.

+ + +
Salzvorkommen in der Schweiz? In der Stadt Rheinfelden in der Nähe von Basel liess die I.G. Farbenindustrie Tiefbohrungen vornehmen, bei denen man auf ein grosses Salzlager stiess. Das Salzvorkommen soll 17 Meter tief sein und viele Kilometer breit sein. Dem Funde wird grosse wirtschaftliche Bedeutung beigemessen.

+ + +
Abenteuerliche Kindesjagd. Kreuz und quer führte die bereits länger als ein Jahr währende Jagd nach der acht Jahre alten Tochter des holländischen Reeders Storck, der mit der Deutschen Christine Cramer verheiratet ist. Es kam nach der Geburt der kleinen Margerita zu Auseinandersetzungen zwischen den Eltern, die sich schliesslich dahin einigten, dass das Kind 6 Monate des Jahres bei dem Vater und sechs Monate bei der Mutter weilen sollte. Als Frau Storck-Cramer am 19. November 1929 ihre Tochter in Laaren in Holland besuchte, entführte sie das Kind in einem Auto. Sie fuhr zum Flugplatz in Hilversum und von dort per Flugzeug nach Elberfeld. Storck nahm die Verfolgung auf, kam aber zu spät nach Elberfeld. Später fand der Reeder Spuren von Frau und Kind in anderen Städten Deutschlands, endlich auch in Paris. Als Storck die Pariser Adresse auffindig gemacht hatte, traf er auch dort seine Frau nicht mehr an. Am Vormittag seines Erscheinens ist die Frau mit ihrem Kind von Le Bourget mit unbekanntem Ziel abgeflogen.



Einundzwanzig Monate Reichsarbeitsminister.

Wissells Rechenschaftsbericht.

SPD. Auf den Reichsarbeitsminister des Kabinetts Müller, den Sozialdemokraten Wissell, sind nicht nur die Sozialreaktionäre, sondern auch die bürgerlichen Mittelparteien schlecht zu sprechen. Sie werfen ihm Starrköpfigkeit und Schlappeheit vor, was eigentlich nicht gut zusammen passt. Durch seine Starrköpfigkeit soll er den Zusammenbruch der grossen Koalition verschuldet haben, und infolge seiner Schlappeheit soll die deutsche Sozialpolitik während seiner Ministerzeit völlig steril geworden sein. Gegen beide Legenden zieht Wissell in einem Artikel zu Felde, der unter dem Titel "Einundzwanzig Monate Reichsarbeitsminister" in dem nach Ostern erscheinenden Aprilheft der "Arbeit" der Monatszeitschrift des ADGB, erscheinen wird. Wissells Artikel stellt eine Art Bilanz seiner Arbeit als Reichsarbeitsminister dar.

Wissell umreisst die Aufgabe, die er sich bei seiner Rechenschaftsablegung gestellt hat, folgendermassen: "Ich halte es für sehr wichtig für unsere Bewegung, Klarheit darüber zu schaffen und zu verbreiten, mit welchen Schwierigkeiten und mit welchen hemmenden Gegenkräften ein sozialistischer Arbeitsminister unter den gegebenen Verhältnissen zu rechnen hat. Und ferner lieg es mir natürlich am Herzen, jene Kritiker aus unseren eigenen Reihen zu überzeugen, die manche Gegensätze zu bagatellisieren geneigt sind und die daher die Sprengung der grossen Koalition wegen der Differenzen in der Arbeitslosenversicherung vielleicht nicht als zwingende Notwendigkeit betrachtet haben."

Die Schwierigkeiten seiner Stellung beleuchtet Wissell im wesentlichen mit folgenden Hinweisen: Vier sozialistischen Ministern hätten im Kabinett acht bürgerliche gegenübergestanden - ein Umstand, der von manchen sozialpolitischen Heissporen nicht immer genügend beachtet worden sei. Aus verschiedenen Gründen habe er eine schwierige Erbschaft antreten müssen. Die ersten Jahre nach dem Umsturz hätten eine reiche sozialpolitische Ernte gebracht, weil damals die Reaktion sich nur ganz allmählich hervorgewagt habe. Ruhrbesetzung, Inflation, Deflation hätten wohl Rückschläge gebracht, andererseits sei jedoch nach der Stabilisierung der zunächst unerhört niedrig festgesetzte Geldlohn rasch gesteigert und der notwendige Wiederaufbau der Sozialversicherung durchgeführt worden. Das Jahr 1926 habe das Arbeitsgerichtsgesetz gebracht und das Jahr 1927 sei sozialpolitisch unter einem besonders günstigen Stern gestanden. Der Arbeitsmarkt habe sich damals sehr erfreulich gestaltet und in dieser optimistischen Atmosphäre sei mit einer erdrückenden Mehrheit von den Deutschen nationalen bis zu den Sozialdemokraten die Arbeitslosenversicherung geschaffen worden. Steigerung des Lohnniveaus und Ausbau der Sozialversicherung seien angesichts der wachsenden Gegenkräfte nicht mehr in dem bisherigen Tempo weiterzuführen gewesen, vor allem dann als der Umschlag der Konjunktur gekommen sei.

Während des Aufbaus der Arbeitslosenversicherung, fährt Wissells fort, hat sich der grosse Kampf um das Schlichtungswesen abgespielt, der im Arbeitskampf in der nordwestlichen Gruppe seinen dramatischen Höhepunkt gefunden hat. Als Ergebnis dieses Kampfes kann man feststellen, dass das Schlichtungswesen

im Kern intakt geblieben ist, trotz der von den Arbeitgebern gelegten Minen. Die Abänderungsvorschläge der Arbeitgebervereinigung haben ziemlich einhellige Ablehnung in der Fachpresse gefunden und sind im Reichstag von keiner Partei ernsthaft aufgegriffen worden. Die "Schlichtungspsychose" ist anscheinend jetzt im Abflauen begriffen.

Der Angriff auf die Sozialversicherung, der nach den Plänkeleien der Haartz, Horneffer und Genossen eingesetzt habe, sei für's erste auf der ganzen Linie abgeschlagen worden. Freilich hätten es die Umstände, vor allem auch die Finanzschwierigkeiten und die Wirtschaftsdepression nicht zugelassen, an einen grosszügigen Ausbau heranzugehen. Immerhin habe ein langsamer Ausbau einzelner Zweige der Sozialversicherung erfolgen können, so in der Unfallversicherung, der Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung. Auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes sei in der Zementindustrie durch Verordnung auf Grund des § 7 der Arbeitszeitverordnung der sogenannte sanitäre Achtstundentag eingeführt worden. Ebenso habe er (der Minister) den Entwurf eines Gesetzes zu einer nicht durch Bedingungen abgeschwächten Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag dem Reichsrat vorgelegt. Die Jahre 1928/29 seien im Hinblick auf die Zahl der erstellten Wohnungen Rekordjahre gewesen. Das Verhältnis der kleinen Wohnungen zu den grösseren Wohnungen sei 1929 günstiger geworden als es 1928 war. Das alles seien gewiss keine welterschütternden Dinge, aber auch auf keinen Fall Beweise dafür, dass seine Amtsführung steril gewesen sei.

Die Darstellung des Kampfes um die Arbeitslosenversicherung wird von Wissell nur in kurzen Strichen skizziert. Er stellt noch einmal das Kompromiss der Regierungsvorlage zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung dem Kompromissvorschlag Brüning gegenüber und beleuchtet dessen Unzulänglichkeiten. Einmal - betont Wissell - komme immer der Punkt, wo es heisse: "Bis hierher und nicht weiter." Schon bei den Anfang des Jahres 1930 stattfindenden Beratungen über die künftige Etatsgestaltung sei dieser Punkt beinahe erreicht gewesen, als man beschlossen habe, die finanzielle Hilfe für die Familienwochenhilfe und für die Invalidenversicherung zu verknappen. Damals habe er sich, um die Koalition nicht zu sprengen, mit der Erklärung begnügt, dass er es ablehne, diese ungerechtfertigten Streichungen im Reichstag zu vertreten. Ähnlich sei es gewesen bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge und der Kapitalabfindung der Kriegsbeschädigten. Bei der Arbeitslosenversicherung habe er aber einfach nicht mehr mitmachen können. Die Sozialdemokratie habe ihr feierliches Gelöbnis, an der Arbeitslosenversicherung nicht rütteln zu lassen, einlösen müssen und eingelöst.

SPD. Die Schweiz braucht Dienstboten. Diese Feststellung wurde dieser Tage auf einer Konferenz in Bern gemacht, die auf Einladung des Schweizer Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit stattfand, und an der in erster Linie Vertreter von Arbeitsämtern und Institutionen zur Vermittlung und Ausbildung von Dienstpersonal teilgenommen haben. In der Schweiz besteht ein ständiger Mangel an Dienstboten für den Privathaushalt, da die Schweizerinnen den einträglicheren Dienst in den Hotels und Pensionen vorziehen. Obgleich Jahr für Jahr eine Anzahl von Hausangestellten aus Österreich und Deutschland nach der Schweiz zuzieht - die Arbeitsämter gestatten ihnen ohne weiteres den Antritt einer Stellung im Haushalt - herrscht dort nach wie vor Dienstbotenmangel.

SPD. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht zum 1. Mai folgenden Aufruf:

"Arbeiter! Gewerkschaftsmitglieder!"

Der Schrittmacher des Achtstundentages, der 1. Mai kommt heran. Und wieder fordern wir euch auf, ihn würdig zu empfangen.

Noch immer kämpfen wir um die Ziele, für die der 1. Mai symbolisch geworden ist: gesetzlicher Achtstundentag, Arbeiterschutz, Weltfrieden. Es sind die alten Worte, die seit 40 Jahren zu Parolen der Arbeiter aller Länder geworden sind, aber im Laufe der Zeit haben sie einen viel grösseren Inhalt bekommen, als die ersten Demonstranten vor 40 Jahren ahnen konnten.

Die Welt hat ihr Gesicht verändert, Staaten sind zusammengebrochen, andere entstanden, Monarchien verschwunden, die unentwurzelt schienen. Die Demokratie zog in den Ländern ein, die Massen wurden politisch zu Bildnern ihres Schicksals. Auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitenden wuchsen. Millionen und aber Millionen formen heute im Klassenkampf die Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Aber auch die Fabrik von heute ist neu und neu sind die Produktionsmethoden, die in ihr angewendet werden. Immer entbehrlicher wird der Arbeiter. Massenarbeitslosigkeit, früher eine vorübergehende Erscheinung, wird zur Regel. Millionen, die mit dem besten Arbeitswillen ausgerüstet sind, bevölkern arbeitslos die Strasse. Die Unsicherheit der Existenz wächst in bedrohlicher Masse. Diese neue Situation zwingt zu viel umfassenderen Massnahmen, als bisher getroffen wurden.

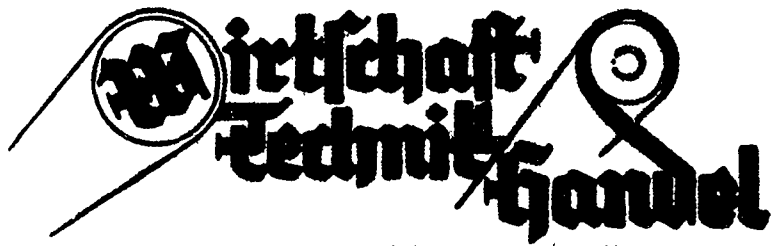
Die neu gewordene Welt wird sozialpolitisch sein oder sie wird nicht sein. Arbeiterschutz, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, überhaupt Sozialpolitik in weitestem Umfange werden die Pfeiler sein, die das Staatsgefüge nicht entbehren kann.

Arbeiter! Gewerkschaftsmitglieder! Ihr seid die Träger des demokratischen Staates. Ihr könnt euch den Einfluss erkämpfen, den ihr braucht, um bestimmend zu sein, wo es sich um Gesetze handelt, die euer Wohl und Wehe betreffen.

Euch sagt der 1. Mai: Nutzt die Macht, die ihr habt! Benutzt sie nicht nur politisch. Stärkt eure Gewerkschaften. Ohne Gewerkschaften keine Demokratisierung der Wirtschaft. Starke Gewerkschaften sind die starken Grundlagen eurer Rechte und eurer Freiheit!"

SPD. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten (Butab) kämpft nicht nur für angemessene Entlohnung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, sondern unterstützt seine Mitglieder auch in Fällen wirtschaftlicher Not. Er zählte im Jahre 1929 an seine Mitglieder 505 000 RM an Unterstützungen aus, was einen Verbrauch von ca 20% der Beitragseinnahmen allein für bare Leistungen an die Mitglieder entspricht. Davon erhielten die stellenlosen 276 800 RM und die in wirtschaftliche Bedrängnis geratenen Bundesmitglieder rund 87 000 RM. In den Jahren 1924 bis 1929 wurden insgesamt 2 Millionen 557 000 RM für Unterstützungszwecke verausgabt, wovon 1 Million 616 000 RM allein an Stellenlöse ausgezahlt wurden.

Durch diese Unterstützungsleistungen der Berufsorganisation der Techniker konnte manche Not gelindert oder gar beseitigt werden, sodass die Massnahmen der staatlichen Sozialpolitik und der kommunalen Fürsorge wirksam unterstützt worden sind.



Krise in der Textilindustrie.

(Eine Folge der gesunkenen Kaufkraft.)

SPD. Wenn man den Unternehmern glauben will, dann beruht die deutsche Textilkrise auf dem zu hohen Lohnstand. Dem widerspricht aber, dass Länder wie Polen und die Tschechoslowakei, die weit geringere Löhne zahlen als Deutschland, auch mit Krisen zu kämpfen haben, die sich zum Teil noch schlimmer auswirken als bei uns. Allgemein kann gesagt werden, dass die Arbeitslosigkeit der Textilindustrie in allen europäischen Ländern prozentual fast gleich gross ist. Diese Tatsache beweist, dass die Erscheinung der europäischen Textilkrise nicht mit dem Lohnstand zu erklären ist. Man muss sie vielmehr auf den Gegensatz zwischen Leistungsfähigkeit (Produktionskapazität) und Absatz zurückführen. Es wird zu viel an Textilwaren erzeugt, d. h. die Kaufkraft der breiten Massen ist derart gesunken, dass die Produktion nicht aufgenommen werden kann. In den einzelnen Ländern wird die Situation durch die Agrarkrise verschärft. Das gilt z. B. für Deutschland und Polen, wo die Agrarkrise das Wirtschaftsleben stark lähmt und hindert.

Die polnische Textilkrise hat sich schon seit langem so weit gesteigert, dass man durch Prämien die Ausfuhr von Textilwaren zu fördern versucht. Ob es Polen gelingen wird, mit Hilfe von Exportprämien den Absatz an die Produktion anzupassen, muss bezweifelt werden. Polen leidet nämlich, wie die anderen österreichischen Nachfolgestaaten, die Tschechoslowakei, Oesterreich usw., unter der Zerreißung des früheren Wirtschaftsgebietes. Mit der nach dem Krieg erfolgten Grenzziehung sind wichtige Absatzmärkte von den alten Produktionsstätten abgetrennt worden und ihnen zum Teil verloren gegangen. Die polnische Textilindustrie konnte früher ihre Waren in die russischen Gebiete werfen. Man kann sogar sagen, dass die technische und betriebliche Entwicklung der polnischen Textilfabrikation vorzugsweise von dem russischen Absatzmarkt bestimmt und beeinflusst wurden. Das ist nach dem Kriege anders geworden. Trotz des polnisch-russischen Handelsvertrages dürfte der Export von polnischen Textilien nach Russland äusserst gering sein, schon deshalb, weil sich der Textilverbrauch in Russland unter europäischem Durchschnitt bewegt. Aus diesen Gründen versucht die Lodzer Textilindustrie, sich nach dem Westen zu orientieren. Ueber Versuche ist sie aber nicht herausgekommen, da es sich dabei um eine höchst komplizierte technische Umstellung handelt, die sich nicht von heute auf morgen vollziehen lässt.

Der andere österreichische Nachfolgestaat, die Tschechoslowakei, leidet ebenso sehr unter der Textilkrise wie Polen. Das Land hat 14 Millionen Einwohner besitzt aber 80 % der Textilkapazität des alten österreichisch-ungarischen Staates. Produktion und Verbrauch stehen also in denkbar ungünstigem Verhältnis. Die Tschechoslowakei kann nur 25% der im Lande erzeugten Textilien selbst verbrauchen; 75% müssen exportiert werden, wenn die Industrie voll beschäftigt sein soll. Während in der Regel der Inlandsabsatz die Grundlage einer Industrie ist, liegen die Dinge bei der tschechischen Textilproduktion gerade umgekehrt. Selbstverständlich ist diese hohe Produktionsziffer noch nie erreicht worden, solange der tschechische Staat existiert. Die Folge ist eine Kette von Textilkrisen, ein dauerndes Siechtum. Im Rahmen dieses Prozesses haben 300 Textilbetriebe in der Tschechoslowakei bereits ihre Tore für immer schliessen müssen. Die Industri

erlebt einen noch nie dagewesenen Konkurrenzkampf. Dass dabei die kapitalstarke Unternehmungen die kleinen Betriebe erdrücken, ist selbstverständlich. Die Arbeitslosigkeit in der tschechischen Textilindustrie ist zur Dauererscheinung geworden. Sie überragt die Arbeitslosigkeit aller anderen Berufe.

In Oesterreich gestalteten sich die Dinge nach der Auflösung der alten Monarchie so, dass ihm von etwa 4,6 Millionen Spindeln und 120 000 Webstühlen 1,1 Millionen Spindeln = 24% und 11 000 Webstühle = 9,2% verblieben. Spindeln und Webstühle mussten unbedingt in ein entsprechendes Leistungsverhältnis gebracht werden. Das bedingte zunächst eine Steigerung der Webstühle auf 28 000. Bisher sind 6 000 neu aufgestellt worden. Es sind also, rechnerisch genommen, noch 11 000 Webstühle zu montieren. Andererseits ist aber ein Rückgang im österreichischen Garnexport eingetreten. So ging z. B. die Garnausfuhr nach Deutschland, die im Jahre 1925 noch 61 000 Kilogramm betrug, auf nicht ganz 15 000 zurück. Dadurch bekam die Reorganisation der Textilindustrie in Oesterreich ein ganz anderes Gesicht, und zwar haben viele Unternehmungen in Oesterreich ihre Spindeln - man schätzt auf etwa 80 000 Stück - abgebrochen. Mit diesem Abbruch ist eine interessante Erscheinung verbunden. Man warf die Spindeln nicht etwa auf den Schrotthaufen, sondern brachte sie nach anderen Ländern z. B. nach Ungarn. Das hängt mit dem Bestreben der neuen Staaten zusammen, eigene Industrien zu entwickeln; sie drosseln die Einfuhr von Textilwaren und importieren dafür Maschinen. Die Spindeln, die in Oesterreich keine Arbeit fanden, arbeiten z. B. in Ungarn in Doppelschichten. Für Oesterreich selbst entstand der Nachteil, dass eine wichtige Industrie zum Teil abwanderte und dass die überflüssigen Arbeiter blieben. Von 63 000 österreichischen Textilarbeitern dürften zurzeit 15 000 arbeitslos sein. Angesichts der ganzen Situation sind Aussichten auf eine Besserung natürlich nicht vorhanden.

In der englischen Baumwollindustrie rechnet man mit einer Arbeitslosigkeit von 20 %. In der Kunstseide ist die Arbeitslosigkeit von 12 % im November 1929 auf 19 % im Januar 1930 gestiegen. Wie stark die Krise sich in der Kunstseidenproduktion bemerkbar macht, geht daraus hervor, dass drei grosse Kunstseidenfabriken stillgelegt werden mussten. In England klagt man besonders über die verminderte Kaufkraft der breiten Massen. Das Internationale Sekretariat der Textilarbeiter schreibt zu dieser Erscheinung u. a. folgendes: "Der Fehler liegt darin, dass die Warenlager voll Textilwaren sind, während gleichzeitig buchstäblich Millionen Menschen daran Bedarf haben, aber sie nicht kaufen können."

Wer tiefer in die Natur der europäischen Textilkrise eindringt, wird erkennen, dass hier mit Lohnkürzungsexperimenten gar nichts zu machen ist. Ebenso untauglich ist das Mittel der Zollerhöhungen. Der Ueberzoll verstösst gegen das gemeinsame wirtschaftliche Interesse Europas. Die Aufrichtung von Zollmauer ist der Anfang vom Ende. So betrachtet, erscheinen die Vorstösse der deutschen Textilindustrie in letzter Zeit, das Zollniveau zu erhöhen, in ihrer ganzen Gefährlichkeit. Wenn Deutschland höhere Zölle für seine Textilindustrie schafft dann muss sich das ungünstig auf die geschäftliche und technische Initiative auswirken. Das bedeutet Rückgang des Exports. Ein Land, das auch so auf den Export angewiesen ist wie Deutschland, muss von Haus aus die Politik der offenen Tür verfolgen. Sondern wir uns durch unsere Zollpolitik vom Weltmarkt ab, dann überlassen wir den Industrien der neuen Länder die Märkte. Das dürfte besonders im Osten für die deutsche Industrie von schädlichen Folgen sein.

SPD. Wie aus dem Reichsbankausweis für die Woche vom 15. April hervorgeht, hat sich die Beanspruchung an den Kredit der Bank, verglichen mit derselben Zeit des Vormonats, erhöht. Die gesamte Kapitalsanlage an Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten hat sich gegenüber der Vorwoche um 267,4 Millionen Mark auf 1926,2 Millionen Mark gesteigert. (Am 15. März 1930 machte sie 1801 Millio-

nen Mark aus, am 15. April 1929 betrug sie dagegen 2411,9 Millionen Mark). Die Bestände an Handelswechslern und Schecks haben um 231,3 Millionen auf 1765,7 Millionen Mark abgenommen (15. März 1930 = 1639,4 Millionen, 15. April 1929 = 2120,9 Millionen). Die Lombardbestände gingen um 11 Millionen auf 67,4 Millionen zurück. Bestände an Reichsschatzwechslern sind nicht vorhanden. Die fremden Gelder erhöhten sich um 118,9 Millionen auf 638,3 Millionen Mark. Im vorigen Monat lag eine Abnahme um 71,8 Millionen auf 458,5 Millionen Mark vor. Am 15. April 1929 betrug sie 670,3 Millionen Mark.

Die Bestände an Gold- und deckungsfähigen Devisen haben sich um 12,8 Millionen auf 2907,6 Millionen Mark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 5,7 Millionen auf 2550,1 Millionen Mark, die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 7,1 Millionen auf 357,4 Millionen Mark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 55,7% in der Vorwoche auf 59,2%, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 63,4% auf 67,5%.

Börsenwoche

vom 14. bis 19. April.

SPD. Im Laufe der vier Börsentage vor Ostern hat es unerwartet starke Schwankungen in einigen Spezialpapieren gegeben, wenn auch die grosse Mehrheit der Aktien nur geringfügigere Bewegungen aufwies. Das Börsengeschäft spielte sich innerhalb der berufsmässigen Spekulation ab, da es an Aufträgen von ausser stehenden Kreisen fast völlig fehlte. Deshalb wurden auch am Donnerstag noch manche Glattstellungen vorgenommen, um während der viertägigen Börsenruhe nicht überrascht zu werden.

Das grösste Interesse beanspruchte die Entwicklung der Polyphonaktie. Der lange und mit grosser Spannung erwartete Abschluss für 1929 kam heraus. Er brachte die erwarteten 20% Dividende, auch ein recht gutes Bilanzbild. Aber die Hoffnungen der Spekulation auf ein wertvolles Bezugsrecht auf die Aktien der neu gegründeten Schweizer Holdinggesellschaft von Polyphon wurden enttäuscht. Es ist nämlich den Aktionären nur die Wahl gegeben, ob sie die Hälfte der Dividende in bar oder in Schweizer Aktien beziehen wollen, während man neben der vollen Dividende ein Bezugsrecht erwartete hatte. So war denn die Kursentwicklung nicht verwunderlich. Von 306% gingen sie zunächst auf 300% und schon glaubte man allgemein, dass sie sich auf diesem Stand behaupten werden. Es folgte aber ein weiterer Rückschlag bis auf 286% und erst am Donnerstag konnten sie sich auf 290% erholen. Im ganzen also, trotz 20% Dividende, ein nicht unbeträchtlicher Verlust innerhalb von vier Tagen.

Ebenfalls beträchtlich schwächer wurden in diesen Tagen die Siemensaktien. Hier verstimmten vor allem die starken Arbeiterentlassungen, die man trotz des verschlechterten Geschäftsganges als politische Demonstrationsmassnahmen (Erzwingung günstiger Schiedssprüche etc.) wertet. Der Kurs ging von 262% auf 255% am Donnerstag zurück. Dagegen lagen am gleichen Marktgebiet die Aktien der AEG bemerkenswert fest. Sie konnten von 171,5% bis auf 175,5% anziehen. Alle übrigen Elektrowerte zeigten demgegenüber nur geringere Veränderungen.

Sehr erheblich war der Verlust, den am Montanmarkt die Mansfeldaktien erlitten. Sie gingen zunächst im Zusammenhang mit dem Sturz der Kupferpreise am Weltmarkt - Mansfeld ist Kupfergesellschaft - von 106 auf 101% zurück. Als dann auch noch das Gerücht von einem völligen Dividendenausfall bei der Gesellschaft aufkam, sank der Kurs weiter bis 95,5% am Donnerstag. Ferner mussten an diesem Markt die Aktien der Vereinigten Stahlwerke, bei denen ebenfalls grosse Arbeiterentlassungen (wie bei Siemens) geplant sind, wieder unter den Paristand heruntergehen. Sie gaben bis auf 98,5% nach.

Neben den sehr schwachen Papieren gab es aber sehr feste. An die Spitze rückten Kaliaktien, vor allem Salzdetfurth. Dass alle Kaligesellschaften gewaltige Gewinne erzielt haben, ist ein offenes Geheimnis. Daraus leiten sich die Hoffnungen der Börse ab, bei Salzdetfurth eine besonders wertvolle Sonderzuwendung zu bekommen. Die Folge war, dass deren Kurs von 381 auf 396½ also um nicht weniger als 15 Punkte stieg. Nicht ganz so stark war der Gewinn, den die Aktien der Deutschen Linoleumwerke erzielten. Auf Dividendenhoffnungen stieg ihr Kurs von 249 auf 254,5%

Begünstigt waren schliesslich alle Automobilaktien, da immer neue Gewinne von einem bevorstehenden Autotruster auftauchten. Bayerische Motorenwerke konnten vorübergehend von 87 auf 92,5% steigen, waren dann wieder 88,5% und schlossen am Donnerstag mit 90,5%. Daimler gingen von 41 auf 43,25% und waren schliesslich wieder 42,25%. NAG konnten von 19,6 auf 21,25% anziehen, um schliesslich auf 20,5% nachzugeben. Die Spitze hielten zeitweise Adlerwerke mit einer Erhöhung von 92 auf 102%. Aber überall war das Geschäft nicht besonders gross; es sind mehr eingeweihte Kreise, die sich langsam Material zu sichern suchen.

Von den übrigen grossen Werten sind noch I.G. Farben zu erwähnen, die von 177,5 auf 175,5%, also nur unwesentlich nachgaben.

SPD. Die Grossindustrie hat sich die Osterwoche ausgesucht, um zahlreiche Arbeiterentlassungen durchzuführen. Im Berliner Wirtschaftsbezirk kündigte der Siemenskonzern umfangreiche Entlassungen an. In der Westindustrie verfügte der Ruhrtrust gleiche Massnahmen und zwar haben die Vereinigten Stahlwerke bei den zuständigen Regierungsstellen beantragt die Abteilung Duisburg-Ruhrort (früher Phönix) und die Abteilung Hörderverein bei Dortmund stillzuliegen.

Über die Berechtigung dieser Stilllegungen wird gestritten. Es ist zunächst festzustellen, dass derartige umfangreiche Arbeiterentlassungen nicht im Einklang mit der allgemeinen Konjunkturentwicklung stehen. Das gilt sowohl für die Montan-, als auch für die Elektroindustrie. Für die letztere ist ganz besonders festzustellen, dass die Umsätze gestiegen sind und gegenwärtig ohne Zweifel über Vorjahrsstand liegen. Technische Momente, die die Entlassungen begründen könnten, sind aber nicht eingetreten. Deshalb führt man die Entlassungen auch auf politische Motive zurück. Die Berliner Börse (siehe Börsenbericht Red.) ist seit Tagen der übereinstimmenden Auffassung, dass es sich sowohl bei Siemens als auch beim Stahltrust um eine politische Demonstration handele. Die Entlassungen sind nach Auffassung der Börse sachlich nicht begründet. Man will, so meint die Börse, durch Arbeiterentlassungen die Regierungsstellen "beeindrucken", um die Praxis der Schiedssprüche entscheidend zu beeinflussen. Schliesslich hat man nicht umsonst ein sozialreaktionäres Kabinett Brüning-Schiele und wo die Agrarier auf ihre Kosten kommen, will die Industrie nicht zurückbleiben. Dem entspricht, dass die von der Industrie geschaffenen Stellen die Ankündigungen der Arbeiterentlassungen sehr geschickt in die Presse zu lancieren verstanden.

Das Kabinett Brüning-Schiele wird sich sehr gern beeindrucken lassen. Es ist eben das Kabinett, das nicht nur unsere Agrarpolitik heillos verwirrte und unvernünftige und unwirtschaftliche Steuern schuf, sondern es will auch die Lohnbewegungen völlig abstoppen. Die Agrarmassnahmen bedeuten eine Kaufkraftverlagerung grossen Stils, die von den breiten Massen der Arbeiterschaft, der Angestellten und der Beamten bezahlt werden soll. Das kann nur gelingen, wenn man Lohnerhöhungen vollständig unterbindet. Mit der entsprechenden negativen Einstellung in der Lohnschiedspraxis will man den kommenden Dingen, der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung vorgreifen.

Letzte Börse vor Ostern.

(Getreidebörse vom 17. April)

SPD. Die Berliner Produktenbörse vom Donnerstag, die letzte vor den Ostertagen, nahm einen uneinheitlichen Verlauf. Roggen war matt veranlagt. Am Markte der Zeitgeschäfte konnten sich die Roggennotierungen nicht voll behaupten. Im Handel mit effektiver Ware war das Angebot grösser, die Nachfrage der Mühlen aber gering, sodass auch hier die Preise eher zurückgingen. Dagegen hatte Weizen ausgesprochen feste Tendenz. Am Zeitmarkt wie im Lokogeschäft wurden Preisgewinne erzielt. Das Angebot blieb recht knapp. Mehl hatte am Vormittag noch einiges Geschäft, das aber an der Börse zum Erliegen kam. Höhere Forderungen der Mühlen waren nur schwer durchzusetzen. Für Hafer war die Stimmung etwas fester.

	<u>16. April</u>	<u>17. April.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	266 - 269	266 - 269
Roggen	166 - 169	166 - 169
Braugerste	188 - 200	188 - 200
Futter- und Industrierogerste	175 - 187	175 - 187
Hafer	162 - 170	162 - 170
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,75-37,25	29,25-37,25
Roggenmehl	24,00-27,00	24,00-27,00
Weizenkleie	10,25-11,00	10,25-11,00
Roggenkleie	10,50-11,25	10,50-11,25
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen Mai 281½ (Vortag 279½), Juli 291 (289½), September 272½-273 (271½). Roggen Mai 182-180½ (182¼), Juli 195¼-193½ (196), September 202½-201½ (203). Hafer Mai 180-178½ (180), Juli 191-190 (191), September 191½ Brief (192½).		

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(17. April)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,30 bis 1,60, Rote 1,40 bis 1,80 Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 2,40 bis 2,70 Mark. Fabrikkartoffeln 7 - 7½ Pfennige je Stärkeprozent.

Berliner Milchpreis.

SPD. Milchpreis Berlin: Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch frei Berlin 13 Pfennige (Grundpreis) ab 18. April. Zuschläge für tiefgekühlte Milch ½ Pfennig, für molkereimässig bearbeitete Milch 1 - 2½ Pfennige.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 30

Berlin, den 17. April 1930.

Pariser Verkäuferinnen.^x

SPD. Der Fremde, der zum ersten Male nach Paris kommt und die vielen jungen Mädchen in den Kaffeehäusern herumlungern sieht, fällt schnell sein Urteil: "Die Pariserinnen arbeiten nicht; sie leben von der Prostitution!" Diese voreilige Meinung kann mit einigen Zahlen leicht richtig gestellt werden. In den Geschäften der französischen Hauptstadt arbeiten 190 000 Verkäuferinnen; 100 000 Frauen sind als Maschinenschreiberinnen und Kontoristinnen angestellt; ebenso viele sind als Erzieherinnen, Krankenpflegerinnen, Lehrerinnen, Rechtsanwältinnen und in anderen akademischen Berufen tätig; als Staats- und Stadtangestellte sind nahezu 60 000 beschäftigt, und in den Werkstätten und Fabriken arbeiten mehr als 300 000 Frauen und Mädchen. Die Zahl der Prostituierten ist im Verhältnis zu diesen Riesenzahlen der arbeitenden Frauen nicht grösser, als sie auch in anderen Grosstädten zu sein pflegt. Ein weiteres Faktum spricht zugunsten der Pariserin. Diese jungen Mädchen, die in den Kaffeehäusern herumlungern, sind überhaupt nur zu einem gewissen Prozentsatze Französinen. Sie rekrutieren sich vielfach aus aller Herren Länder, wie die Motetten hat die "Lichtstadt" sie an sich gelockt, und ihre Heimat ist nicht Frankreich, sondern Polen, Russland, Ungarn, Rumänien, die Tschechoslowakei, Spanien, Italien, selbst England und Amerika. Auch manche deklassierte deutsche Mädchen sind unter ihnen. Gewiss, der Bodensatz des Pariser Pflasters fehlt nicht - es wäre ja auch verwunderlich, wenn es anders aussähe -, aber es gibt Stadtgegenden, in denen die ausländischen Prostituierten durchaus in der Ueberzahl sind. Fest steht: die grosse Mehrheit der Pariser Frauenwelt ist erwerbstätig; auch die Französin ist in das Getriebe des heutigen Wirtschaftslebens verflochten und verdient sich ihr tägliches Brot ebenso selbständig wie die moderne Frau in allen andern Ländern.

Midinetten... das sind die 190 000 Verkäuferinnen, die in den Pariser Geschäften, Warenhäusern und Mode-Ateliers angestellt sind. Sie geben dem Strassengetriebe seine Eigenart, die man immer wieder bewundert. Adrett, elegant, schön, voll sprudelnder, übermütiger Laune, schnippisch und schlagfertig, blicken die Midinetten mit kecken Augen in die Welt, und in der Zeit nach Geschäftsschluss klingt ihr helles Lachen belebend durch die Strassen von Paris.

Kurz vor der üblichen Mittagspause (12 bis 2 Uhr) warte ich, um mir das Schauspiel anzusehen, vor einem Geschäft. Es ist ein grosses Unternehmen, doch nicht wie die Riesenwarenhäuser "Printemps", "Galeries Lafayette", "Samaritaine", "La belle Jardinière", "Bon marché" oder "Magasin du Louvre". Diese Grossbetriebe sorgen selbst für ihre Angestellten; die Mädchen brauchen mittags das Haus nicht zu verlassen; gute und billige Küche steht ihnen zur Verfügung. Das Monatsgehalt der Warenhaus-Verkäuferinnen schwankt zwischen 800 und 1 000 Franken (135 bis 170 Mark); Verkaufsprämien und Tantiemen vom jährlichen Reingewinn werfen noch einen beträchtlichen Nebenverdienst ab. Es gibt in Paris sogar einige Warenhäuser, in denen sämtliche Angestellte Aktionäre des Unternehmens sind und der Reingewinn alljährlich staffelweise je nach Leistung verteilt wird. Das Mittagessen, das die Warenhausküche den Angestellten verabreicht, ist gut und besteht aus Suppe, Fleischgericht, danach Gemüse (oder Mehlspeise), Käse, Dessert (Obst), einem Viertelliter Rot- oder Weisswein und

zum Schluss Bohnenkaffee. Der Preis bewegt sich je nach den Unkosten zwischen 3 Franken und 3,50 Franken (50 bis 60 Pfennig) und erreicht nur an aussergewöhnlichen Tagen, zum Beispiel wenn es Wiener Schnitzel gibt, die Höhe von 4 Franken (68 Pfennig). Kleinere Firmen geben keine eigene Verpflegung, zahlen auch nur ein Monatsgehalt von 600 bis 800 Franken (100 bis 135 Mark) und vergüten ausserdem, wie ebenfalls natürlich die grossen Warenhäuser, Bahnspesen und die Beiträge zur Unfallversicherung (Krankenkassen wurden erst am 8. Februar 1930 ins Leben gerufen.)

Zwölf Uhr. Aus den vielen Geschäften und Mode-Ateliers in der Nähe der Oper überschwemmen Tausende junger Mädchen die Strasse. Mit lachendem Gesicht suchen sie sich durch das Strassengedränge vorwärtszubringen; sperrt der Schutzmann die Strasse, so bietet diese Pause den Midinetten willkommene Gelegenheit, kokett etwas Rouge auf die Lippen, etwas Puder auf die Wangen zu legen. Aus dem Geschäfte, vor dem ich stehe, stürmt eine Gruppe Verkäuferinnen auf mich zu, rennt mich vor Ungeduld fast über den Haufen, und aus einigen "Pardon, pardon" entwickelt sich in wenigen Augenblicken ein Gespräch. "Sie sind also Journalist?" fragt mich eine schnippische Brünnette, "Wie komisch!" und sie lachen alle. "Wollen Sie vielleicht ein Interview mit uns machen?" fährt eine schlanke Blondine fort. "Ja? Unseren "Lebenswandel" wollen Sie kennen lernen? Er ist gewiss nicht interessant!"

Während ich das Gegenteil versichere, treten sie in eine Konditorei ein, und es erhebt sich kein Widerspruch, als ich ihnen folge. Das Lokal ist überfüllt. In einer Ecke werden einige Stühle frei. Wir nehmen Platz, und bald ist ein lustiges Wortgeplänkel im Gange. Die Midinetten bestellen einige Kuchen und essen mit gutem Appetit. Eine fröhliche Gesellschaft! "Wieviel hast Du schon?" fragt die Blondine. "Zwei!" lispelt schelmisch eine kleine Schwarze und kichert. Sie hat nämlich schon drei Stück verschlungen. "Es ist nicht richtig", sage ich, "vor dem Mittagmahl schon Kuchen zu essen!"

"Vor dem Mittagessen!" fährt die Brünnette auf, "aber, mein Herr, dies ist doch unser Mittagessen! Mehr können wir uns nicht leisten. Mit unserm Gehalt? Schauen Sie, Monsieur: ich verdiene 600 Franken (100 Mark) monatlich. Unser "Mittagessen" hier kostet nahezu vier Franken, oft auch noch mehr, denn wir gehen immer noch während der Pause einen Kaffee trinken. Wenn man, wie viele von uns, allein für seinen Lebensunterhalt zu sorgen hat, muss man sehr sparsam sein. Wohnung, Wäsche, Frühstück, Abendessen, hier und da ein Kino-Billett... Dann müssen wir auch sauber angezogen sein. Die Arbeitgeber wie auch die Kunden sind heikel... Wunder geschehen nicht mehr, und darum müssen wir sparen, einteilen... Die ändern werden nachdenklich. "Und dann gehören wir drei hier auch noch zu den Glücklichen. Meine blonde Kollegin ist verheiratet. Ihr Mann arbeitet, und da gibt es am Abend wenigstens ein frugales Nachtessen. Wir beiden ändern wohnen zu Hause und essen abends ebenfalls ausgiebig, weil uns die Eltern alles bieten, was sie können. Wir haben Essen und Wohnung kostenlos. Die allein stehen - und das ist die Mehrzahl - die haben zu kämpfen..."

Wir bezahlen unsere Zeche und gehen. "Also jetzt ins nächste Café!" schlägt die Brünnette vor, "solch ein fürstliches Mittagmahl muss mit einem guten Kaffee begossen werden!"

Wir stellen uns an den Schanktisch. Man serviert uns einen billigen Kaffee für 50 Centimes (8 Pfennig). Er ist nicht schlecht und auch nicht gut, aber die Midinetten trinken ihn, fröhlich plaudernd; sie unterhalten sich laut, nehmen ihre lieben Kolleginnen ein bisschen unter die kritische Lupe, und die weissen Zähne leuchten glänzend im Gesicht der jungen Mädchen, das vor Lebensfreude und übermütiger Laune glüht. Die Blondine wendet sich an mich: "So leben wir alle: einfach, aber niemals traurig. Wir arbeiten, erholen uns und verlieren nie den Mut. Denn vor uns liegt verheissend die Zukunft..."

Die Zukunft!? - - -

Bodo M. Vogel

SPD. Auf der in der Woche vor Ostern veranstalteten "Berliner Möbel- und Einrichtungsschau" war ein Raum der Geschichte der Wohnungseinrichtung. Ein interessantes Stückchen Kultur- und Kunstgeschichte rollte sich da vor unsern Augen ab. Man sah, wie die Menschen in verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Zonen ihre Kleidung und, dieser Kleidung entsprechend, ihre häusliche Umgebung als den weiteren Rahmen gestaltet haben, in den ihre Persönlichkeit eingespannt wird. Beides, die Tracht und das Mobiliar, sind nach so strengen Gesetzen angefertigt, dass es geradezu als Stillosigkeit empfunden würde, wenn man etwas den Menschen eines südlichen Landes in ein nordisches Zimmer, den Angehörigen des Altertums in einen mittelalterlichen Raum stellen würde.

Hell und kühl muten die Räume an, die der Mensch des Südens bewohnt. In der Halle des altägyptischen Palastes oder des pompejanischen Wohnhauses wird alles nach Möglichkeit aus Stein hergestellt: nicht allein die vier Wände des Gemachs, sondern auch Fussboden und Decke. Selbst Ruhebänke, Sessel und Tische können in Ländern, die keinen nordischen Winter kennen, aus Stein, z.B. aus Marmor, bestehen. Je weiter man nach Norden kommt, umso wichtiger wird das Holz. Die Balkendecke aber und die Tüfelung der Wände machen die Stube düster. Ihre Bewohner, die den grössten Teil ihres Lebens in diese vier Wände eingeschlossen verbringen und ausserdem in die Wehranlage einer Burg oder in die engen Gassen zwischen den Stadtmauern eingepfercht sind, bekommen zu dieser Umgebung ein intimeres Verhältnis als die Südländer, deren Leben sich meist unter freiem Himmel abspielt. Sie bestreben sich, die Wohnung gemütlich zu machen - ein Begriff, den die romanischen Sprachen überhaupt nicht kennen. Man macht aus der Not eine Tugend und verziert Decke, Wände und Möbel mit Schnitzereien. Den offenen Kamin, noch in gotischen Gemächern allgemein üblich, verdrängt im 16. Jahrhundert der mächtige Kachelofen, der seiner Bedeutung entsprechend bunt glasiert und mit Figuren versehen wird: ein besonderes Schmuckstück des Bürgerhauses.

Man wird stets finden, dass die Kleidermode mit diesen Veränderungen der Raumausstattung Schritt hält. Es gibt zwei formale Tendenzen: die schlanke und die runde. Die Bewohner gotischer, hochstrebender Räume betonen auch in ihrer Tracht die senkrechte Linie. Sie tragen lange Gewänder, die von oben nach unten gefältelt sind, enge Beinkleider und Schnabelschuhe; die Frauen schnüren sich, wie das heute noch an manchen Bauertrachten beobachtet werden kann, in knappe Mieder ein, die wie Vretter die Körperformen zusammenpressen. Umgekehrt wird in der Reformationszeit, in den Tagen Dürers und des Hans Sachs, die Rundung betont, das Wams mit Püffen und Schlitzzen versehen; der Schuh, anstatt sich zuzuspitzen, verbreitert sich zum "Kuhmaul". Die spitze Mütze weicht dem flachen Barett. Das ist die Zeit, in der die breiten, wuchtigen Schränke aufkommen und der Reichtum des Patriziats immer absichtlicher zur Schau getragen wird.

Man sieht also, dass neben dem Klima noch ein zweites Moment mitspricht: das soziale. Das neue Handelskapital trumpft auf - die Fugger und Welser in Augsburg bauen sich wahrhaft fürstliche Wohnungen. Aber mit diesem Prunken und Frahlen vertiefen sich die Klassengegensätze. Die gute alte Handwerkskunst artet in Künstelei aus, wird überladen und protzig. Man sehe sich einmal die fürstlichen "Kunstkammern" an, die Vorläufer unsrer Museen, in denen seit der Mitte des 16. Jahrhunderts die Erben des Patriziergeschmacks, die absoluten Fürsten, alles zusammentrugen, was ihnen besonders gefiel: es sind wahre Hausgreuel darunter. Im siebzehnten Jahrhundert entschied sich dann vollends der Sieg des Absolutismus. Nun wurde alles barock. Die Unnatur trieb man auf die Spitze.

Es war noch nicht genug an Mühlradkragen und Pluderhosen wie im siebzehnten Jahrhundert: man musste sich gegen Ende dieses Jahrhunderts des "grossen

Krieges" Lockenberge aufs Haupt stülpen, auf hohen, dünnen Absätzen einherstellen, Reifröcke um die Hüften legen. Es kam im Zeitalter des Absolutismus nicht mehr darauf an, was man war, sondern nur, was man schien. Auf alles, was wir heute "Komfort" und "Behaglichkeit" nennen, verzichtete man, um nur um jeden Preis zu repräsentieren. Die Architekten mussten sich anstrengen, um die Räume des Schlosses weiter und höher erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit waren. Spiegel, die in die Wände eingelassen wurden, dienten vor allem dieser Täuschung. Zugleich warfen sie das Bild der Menschen, die sich zwischen diesen Wänden aufhielten, von jedem Punkte aus zurück. Man befand sich wie auf dem Präsentierteller. Man sass auf vergoldeten Stühlen mit steifen Lehnen an unbequemen Tischen, schlief in einem heissen, ungelüfteten Alkoven unter einem schweren, staubigen Betthimmel und einer Wolke von Federbetten. Es muss scheusslich gewesen sein....

Bis dann das Bürgertum sich auf sich selbst besann und eine vernünftigeren und natürlicheren Lebensgestaltung einführte. Das war in der Zeit des "Empire" und des "Biedermeier" - ein Vorgeschmack der "neuen Sachlichkeit". Nur waren leider die Verhältnisse stets stärker als die guten Absichten der Menschen. Die Reichtümer, die durch die neue Industrie hereinflossen, warfen alle Vernunft über den Haufen und verführten das Bürgertum zu einer Trotzerei und einem Ungeschmack, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellten. Ehedem hatte die Trunksucht noch einen gewissen Stil gehabt - jetzt aber, in den "Gründerjahren", zwischen 1870 und 1890, musste man zu Imitationen alles möglichen Stile seine Zuflucht nehmen. Die Wohnung war ein Gemisch aus Gotik, Renaissance, Rokoko, japanischem und maurischem Stil: ein einziger riesenhafter Schwindel. Um 1900 suchte man die ganze Herrlichkeit wenigstens auf einen Venner zu bringen und setzte den "Jugendstil" in die Welt, der dem Materialschwindel ein Ende machte. Inzwischen hat man sich auch an den verschnörkelten Linien sattgesehen und sich auf die allereinfachsten und zweckmässigsten Formen besonnen.

Welche Umwege die Menschheit doch machen muss, um zur Vernunft zu kommen!....

Hermann Hieber.

Die Leiden einer Grossmutter.^x

Von Weare Holbrook.

SPD. Es kommt vor, dass die Kinder für die Sünden ihrer Väter zu leiden haben - es kommt aber auch vor, dass die Vorzüge der Kinder sich an ihren Vätern rächen. Beidemale ist's eine Ungerechtigkeit, und es müsste unbedingt ein Weg gefunden werden, um die Ungerechtigkeit von beiden Seiten gegeneinander zu kompensieren. Wenn man fünfundzwanzig Jahre hindurch ein Muster an Anständigkeit und gutem Benehmen für die gesamte Umwelt gewesen ist, so müsste es einem gestattet sein, von dem Piedestal herunterzusteigen und wieder ein normaler Mensch zu werden. Aber wenn man Enkel hat, ist das unmöglich.

Enkel erwarten von einem so viel. Während des Krieges strickte ich eine solche Masse Sachen, dass ich für mein Leben genug bekam, und als der Waffenstillstand unterschrieben war, warf ich die Stricknadeln in irgendeinen Kasten und wandte mich dem Mah-Yong-Spiel zu. Aber liessen mich meine Enkel in Frieden? Fiel ihnen gar nicht ein! Ich musste Babymützen und Jacken und Handschuhe herstellen, bloss weil sie der Ansicht waren, dass eine Grossmutter zu so etwas verpflichtet ist. Ja, ich musste sogar in einem Schaukelstuhl sitzen und ein schwarzes Taftkleid und ein Spitzenhäubchen tragen.

Nach Ansicht meiner Enkel war offenbar "Lederstrumpf" die aufregendste Lektüre, die ich vertragen konnte. Daher zensurierten sie für mich die Zeitung

und gaben mir nichts anderes als den Leitartikel und die Annoncen zu lesen. Sah ich einmal von fern eine interessante Ueberschrift, wie etwa "Rätselhafter Mord in der Sechzehnten Avenue" oder dergleichen, und verlangte ich nach dem betreffenden Blatte, so hiess es gleich: "Ach, Grossmutter, das kann dich doch nicht interessieren", und dann verschwanden die lieben Kinder mit dem Blatt ins Nebenzimmer und lasen dort selbst alle die aufregenden Details. Wäre ich nicht öfters zu der Friseurin gegangen, die mir beim Shampooieren allerhand erzählte, so hätte ich von den wichtigsten Ereignissen nie etwas erfahren.

Es gibt gute Enkel und böse - aber unsre Familie vereinigt leider in sich die ärgsten Exemplare beider Sorten. Da ist zum Beispiel meine Enkelin Eunice, ein ungemein sanftes Kind mit blonden Locken und blauen Augen. Einmal sagte ihr jemand, sie sehe aus wie eine Puppe. Seither hält sie immer die Finger leicht gekrümmt und lässt ihren Mund wie in Verückung halb offen stehen. Sie hat tatsächlich die grösste Aehnlichkeit mit einer Puppe, und ich verspüre oft ein Verlangen, ihren Magen zusammenzudrücken und zu hören, wie sie "ma=ma!" sagt. Eunice hat ausgezeichnete Manieren. Alle Leute, die auf Besuch kommen, rufen bewundernd: "Welch ein artiges Kind!", worauf dessen Mutter meist laut flüsternd antwortet: "Pst! Ich will nicht, dass sie eitel wird!" Das grösste Kunststück, das Eunice kann, besteht darin, dass sie den Ausdruck einer fast schwachsinnigen Unschuld annimmt und sich nach dem Befinden aller möglichen Menschen erkundigt. Offenbar hat man sie gelehrt, dass es jeden sehr freut, wenn man mit ihm ein kleines Kreuzverhör anstellt. Wenn Besucher kommen, flattert sie herum wie ein Schmetterling, streut Liebenswürdigkeiten aus und spricht mit kindlichem Ernst: "Guten Abend, Mrs. Gilfilan! Haben Sie immer noch Schmerzen von Ihren eingewachsenen Fussnägeln?" - Oder: "Wie geht es Ihnen, Mrs. Lummocks? Hat Ihre Wirtschafterin den Knopf, der neulich an Ihrem Rocke fehlte, schon angenäht?" - Auf solche Weise macht sie sich bei jedermann höchst beliebt.

Eunices Mutter (meine Tochter Carrie) war in ihrer Jugend ein furchtbarer Balg, und ich verstehe garnicht, wie sie ein Kind von so lästiger Vollkommenheit auf die Welt bringen konnte. Als ich Eunice zum erstenmale sah, fragte sie mich, wie es mir mit meinem Rheumatismus gehe. Carrie erklärte ihr, dass ich keinen Rheumatismus habe, dass ich aber ihre freundliche Besorgtheit zu würdigen wisse und glücklich sei, solch eine kluge kleine Enkelin zu besitzen. Als wir dann zum Essen ins Nebenzimmer gerufen wurden, kam sie rasch zu mir hergesprungen und sagte: "Stütze dich auf mich, Grossmutter!"

"Grossmutter kann allein ins Speisezimmer gehen, Liebling", sagte Carrie, "aber es war nett von dir, ihr deine Hilfe anzubieten, und sie ist dir sehr dankbar dafür." Es gehört zu Carries Gewohnheiten, ein wenig zu übertreiben.

Jedesmal, wenn ich irgendeine Bewegung machte, stürzte Eunice herbei, um mir zu helfen. Ich stützte mich zwar nie auf sie, aber einige Male trat ich auf sie - das erste Mal durch Zufall. So oft ich mich niedersetzte, wickelte sie mich in hundert Decken und Swawls ein, und wenn ich dann halb erstickt nach Atem rang, pflegte sie zu fragen: "Ist dir nun auch ganz, ganz behaglich, Grossmutter?"

Allan, Eunices Vater, ist eine weitere Wolke auf meinem Lebenshimmel. Er ist das Muster eines Schwiegersohnes, und wann immer ich mich in seiner Gesellschaft befinde, bemüht er sich, mir die Wunder der modernen Wissenschaft zu erklären. Er ist so stolz auf Telefon, elektrisches Licht und Radio, als ob er all das selbst erfunden hätte, und sein Lieblingsausdruck ist: "zu deiner Zeit." Er sagt immer: "Ich glaube, dergleichen hat es zu deiner Zeit noch nicht gegeben nicht wahr, Grossmutter?" - Da er nur zehn Jahre jünger ist als ich, müsste er das eigentlich selbst wissen, aber er betrachtet mich offenbar als ein Ueberbleibsel aus dem Mittelalter.

Als ich ihn neulich sah, fragte er mich, ob es nicht sehr lästig war, immerfort die Petroleumlampen schneuzen zu müssen, und ob nicht ein Päckchen Schwefelhölzer weit praktischer sei als ein Feuerstein. Das war zu viel für mich. Ich war entschieden der Ansicht, dass auch alte Leute ebenso wie junge

ab und zu eine Erholung haben müssen, und beschloss daher bei mir selbst, mein Dasein als gewerbsmässige Grossmutter aufzugeben. Ich nahm mir vor, mein eigenes Leben zu leben - und vielleicht sogar ausserdem noch das einiger anderer Leute -, solange dazu noch Zeit war. Ich habe es endgültig satt, als Objekt für alle Sentimentalitäten in der Nachbarschaft zu dienen. Ich werde die Jahre, die mir noch bleiben, ausnützen, so gut es geht. Die diversen Eltern werden es schon aufgeben, mich ihren Kindern als leuchtendes Beispiel hinzustellen! Wenn meine Tochter Mary ihren kleinen James das nächstemal mit den Worten schilt: "James, komm augenblicklich vom Klavier herunter! Hast du jemals gesehen, dass Grossmutter auf dem Klavier herumrutscht?", so wird James wahrheitsgemäss antworten können: "O ja, Mutter, das habe ich schon gesehen."

(Aus dem Englischen übersetzt von Leo Korten).

Die rumänische Riesin.^x

SPD. Durch die Presse geht als besondere Sensationsmeldung die Nachricht, dass eine achtundzwanzig-jährige Frau aus der Umgebung von Bukarest sich in eine Klinik begeben habe, um ihrem immer noch nicht abgeschlossenen Wachstum ein Ende bereiten zu lassen. Sie ist bereits über zwei Meter gross und wächst immer weiter. Manche Blätter sprechen von einem Wunder. In Wirklichkeit ist die Sachlage aber viel einfacher, und die Erklärung dieser sonderbaren Erscheinung bietet unsrer heutigen Wissenschaft keine Schwierigkeiten mehr.

Es handelt sich zweifellos einfach um eine Störung in der Funktion der innersekretorischen Drüsen; dass heisst: der Drüsen, die ihre Flüssigkeit nicht durch einen besonderen Ausführungsgang in die Organe der Körperhöhlen ergiessen, sondern sie auf dem Wege der Blutgefässe, von denen sie durchzogen werden, direkt an die Blutbahn abgeben. Zu solchen Drüsen gehört u.a. die Schilddrüse, deren krankhafte Vergrösserung sich als Kropf darstellt; weiter gehören dazu die Nebennieren, deren Sekret den Blutdruck reguliert, und bestimmte Bestandteile der Geschlechtsdrüsen. Bei einer gewissen Form des Riesenwuchses haben wir es mit einer Erkrankung des Vorderlappens der Hirnanhangsdrüse, der Hypophyse, zu tun; hier entwickelt sich allmählich eine Vergrösserung und Vergrößerung vieler vorspringender Körperteile, wie der Nase, der Kiefer, der Lippen, der Zunge, der Hände und Füsse.

Es ist gelungen, bei dieser Erkrankung, die die Bezeichnung Akromegalie (aus dem Griechischen wörtlich übersetzt: Körperspitzenvergrösserung) trägt, durch teilweise operative Entfernung der Hirnanhangsdrüse einen Wachstumsstillstand zu erreichen. Der eigentliche Riesenwuchs, wie er unscheinend bei unsrer rumänischen Riesin vorliegt, hat kompliziertere Ursachen. Aller Wahrscheinlichkeit nach spielt hier eine Funktionsstörung der Geschlechtsdrüsen die Hauptrolle, und man wird versuchen müssen, durch besondere Bestrahlungsmethoden den Drüsenapparat zu beeinflussen.

Curt Biging.

SPD. Eine allwissende Frau.^x Augustine Brohan eine sehr geistreiche Pariser Schauspieler, fragt in einer Gesellschaft zwei Herren, worüber sie sich unterhalten. "Von der Welt-Schöpfung", wird ihr erwidert. Augustine gibt mit schlagfertiger Ironie zurück: "Da war ich nicht dabei. Wenden Sie sich an Madame Allan!"

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 17. April 1930.

Das Gespenst der Oktobernacht.³

SPD. Es war Nacht.— Der Oktobersturm jagte mit langen, heulenden Stößen durch den Wald und riss die letzten Blätter von den Bäumen, um sie dann auf den nassen Erdboden hinzuschleudern. Die Wolken stürmten am Himmel, und der Mond, der im Sommer so mild und hell schien, warf nur manchmal durch eine Wolkenlücke sein fahles Licht, das jedoch gleich wieder von der rabenschwarzen Finsternis verschluckt wurde. Die Bäume, die ihre kahlen Zweige gegen den Himmel reckten, wurden vom Sturme hin und her geschüttelt und schienen wie schemenhafte Wesen bizarre und gespenstische Tänze aufzuführen. Manchmal prasselte ein Regenguss herunter — kurz, es war eine Nacht, in der man keinen Hund ins Freie jagen würde.

Pierre Ribaud ging mit eiligen Schritten den schmalen Fussweg durch den Wald entlang. Er hatte heute seine Stelle bei dem Bauern, bei dem er schon mehrere Jahre als Knecht gedient hatte, aufgegeben und wollte nun in das gut anderthalb Wegstunden entfernte Nachbardorf, wo er sich beim grössten Hofbesitzer verdingt hatte. — Sie hatten im Gasthof Abschied gefeiert, aber die leichte Berauschtigkeit von vorhin war in dem Unwetter schon längst verflogen. In der rechten Hand hielt Pierre einen derben Stock, in der linken trug er ein Bündel mit Wäsche und Kleidern. Zuerst hatte er vor sich hin gepfiffen und gesungen; jetzt war er schon längst still geworden und schritt nur eilig durch den Wald.

Ihm war unheimlich zumute. Er war durchaus nicht furchtsam. Auf dem Lande gross geworden, kannte er hier in der Umgegend jeden Baum und Strauch — aber trotzdem war ihm in dieser Nacht nicht wohl. Der sonst so freundliche und vertraute Wald schien ein völlig anderer geworden zu sein; wie eine drohende, unheimliche Masse schien er von allen Seiten auf ihn einzudringen. Die Bäume streckten seltsam gekrümmte Arme wie greifend nach dem zwischen ihnen hinschreitenden Menschen aus. Die schwarzen, dicken Stämme standen wie lauernde Ungeheuer dicht am Wege, bereit, über den Ahnungslosen herzufallen. Vom Boden stieg der Geruch des faulenden Laubes scharf und beissend in die Lunge; es roch nach Friedhof und Verwesung —, der Wind heulte und liess die schwächeren Bäume sich knarrend biegen, und über das alles ergoss sich der rabenschwarze Finsternis wie eine unendlich mutlose, alles verschlingende finstere Welle.

Den Knecht Pierre Ribaud fröstelte. Er zog die Schultern hoch und schritt noch schneller vorwärts. Es hatte etwas Unheimliches, über diesen Boden zu gehen. Die Blätter, die in einer dicken Schicht den Weg bedeckten, verschluckten das Geräusch des Schreitens und gaben bei jedem Schritte federnd nach. Pierre Ribaud musste daran denken, wie er als kleiner Junge beim Schafehüten einmal aufs Moor gelaufen und beinahe darin umgekommen war. Da hatte der Boden auch immer so weich und so merkwürdig dumpf nachgegeben. Er schüttelte sich. Die Kälte und die Furcht krochen ihm langsam und lähmend das Rückgrat herauf. Er riss sich mit Gewalt zusammen und stimmte ein munteres Lied an. Aber die Worte kamen als Krächzen heraus, und bald hörte er wieder auf.

Warum fiel ihm jetzt nur das Spottlied ein, das sie als Jungen immer gesungen hatten, wenn sie hinter dem alten, halbtauben Carbonné hergelaufen waren?

Carbonné, he he, Carbonné
Reitet durch die finst're Nacht
Mit des wilden Jägers Jagd.
Reitet auf dem weissen Ross
In dem wilden Höllentross.
Blut'ge Hände, Kopf im Arm
In die Hölle, Gott erbarm -
He He He - Carbonné ade! -

So lange hatten sie das gesungen, bis sich der Alte dann eines Tages tatsächlich im Walde erhängt hatte. Und gleich an dieser Stelle sang= und klang= los verscharrt worden war.

Pierre Ribaud schauderte. Er drängte den Gedanken gewaltsam von sich weg, aber immer wieder sprang die Weise des Spottliedes in seine Sinne. Plötzlich jagte ihm ein neuer schreckhafter Gedanke die Kälte ins Blut. Gleich musste er ja am Grabe des Selbstmörders vorbeikommen. Er stockte einen Augenblick. Sollte er umkehren? - Doch dann zwang er sich zum Weitergehen. Die Augen stier nach vorn gerichtet, die Zähne zusammengekrampft schritt er vorwärts.

Der Sturm nahm zu und heulte in wilden Stössen durch den Wald. Jetzt war Pierre Ribaud an der Stelle, wo links unter der grossen Eiche der niedrige Grabhügel des Selbstmörders war. Er wollte weiter, aber eine unheimliche Macht zwang ihn, nach links zu sehen. Und da - da starrten zwei glühende Augen vom Grabe her ihm entgegen! - - -

Der Mann fühlte, wie ihm alles Blut ins Herz schoss und das Hirn als eiskalter, toter Klotz in seinem Kopfe lag. Er taumelte in die Kniee, liess Stock und Bündel fallen, würgte ein paarmal verzweifelt nach Luft, sprang dann mit einem entsetzlichen, hemmungslosen Aufschrei vorwärts, um dann halb wahn= sinnig vor Angst den Weg entlangzustürmen.

Der beutesuchende Fuchs jedoch, der, andas Grab geschmiegt, beim Näherkommen des Mannes einen Augenblick gestutzt hatte, machte bei dem Schrei eine jä= he Wendung und war mit ein paar langen Sprüngen im Walde verschwunden.-

Am andern Tage fanden Landleute den besinnungslosen Pierre Ribaud. Sein Haar war schneeweiss geworden, und er hat seit jener Nacht nie wieder vernünftig denken können. Die Gemeinde gibt ihm das Gnadenbrot, und im Sommer sitzt er den ganzen Tag in der Sonne und spielt, selbst ein Kind, mit den Kindern. Nur wenn im Oktober die Stürme über das Land brausen, scheint eine seltsame Unruhe über ihn zu kommen - und wenn eine der finsternen, mondlosen Nächte ist, hört man ihn manchmal mit krächzender Stimme in seiner Kammer singen:

Carbonné, he he, Carbonné
Reitet durch die finst're Nacht,
Mit des wilden Jägers Jagd - -
He he he, Carbonné, ade! - -

Walter Schirmeier.

Fantoma.

Von unserm Bukarester Korrespondenten.

SPD. Seit den ersten Apriltagen verhaftet die Bukarester Kriminalpolizei jeden Tag einen oder zwei jugendliche Verbrecher, die zu einer weitverzweigten Einbrecherbande Jugendlicher gehören. Monatelang schon terrorisierte diese Bande die rumänische Hauptstadt. Die Zahl ihrer Einbrüche übersteigt die hundert bei weitem. Anführer dieser Horde ist der siebzehnjährige Aurelian Sepeiu, der durch Zufall bei einem geringfügigen Diebstahl erwischt wurde, und auf dessen Konto allein rund 100 Einbrüche kommen.

Dieser hoffnungsvolle Sprössling aus guter Familie ist nicht nur ein geschickter Dieb und Einbrecher, der mit den primitivsten Werkzeugen die kompliziertesten Schlösser öffnen kann; er ist auch ein Romantiker, der die Romantik seines Handwerks in vollen Zügen genießt. Seine Schlupfwinkel in den letzten Monaten legen von dieser beschwegten Ader das beste Zeugnis ab. Es scheint deshalb auch nicht verwunderlich, dass er sich den Beinamen "Fantoma" zulegte und sich von seinen Helfershelfern als Bojaren bezeichnen liess. Seine Wohnung hatte Fantoma tief unter den Kellern der Bukarester Zentralpost angelegt, wo die Röhren des Bukarester Kanalisationsnetzes und der Gas- und Elektrizitätsversorgung zusammenlaufen, und wo er mit seinen Banditen in einem abgrundtiefen Schacht seinen Schlupfwinkel und seine Schlafstätte aufschlug. Dort hausten die Banditen; von dort aus machten sie ihre Raubzüge, und dorthin kehrte Fantoma allein oder mit seinen Komplizen zurück, wenn wieder einmal ein Beutezug gelungen war. Dabei war Fantoma nicht nur unter seinen Zunftgenossen bekannt und berühmt; auch die rumänischen Behörden kennen ihn sehr gut, da er bereits genau so viele Freiheitsstrafen verbüsst hat, wie er Jahre zählt: nämlich siebzehn! Schon mit sieben Jahren musste Aurelian Sepciuc einer Zwangserziehungsanstalt übergeben werden, da weder die Eltern noch ein Hauslehrer mit dem Jungen fertig werden konnten. Aber auch diese Zwangserziehung fruchtete nicht; er blieb ein Dieb, und sein Traum ist heute wie damals, nach London zu gehen und dort einer der ganz gefährlichen Gentleman=Diebe zu werden "wie man sie im Kino tagtäglich sieht". Dabei sieht Fantoma noch bedeutend jünger aus, als er in Wirklichkeit ist: ein kleines schwarzes Kerlchen in blauen, zerschlissenen Kniehosen und schmutzstarrendem Hemd, mit einem sehr lebendigen Gesicht und spitzbübisch schwarzen Augen, die besonders beim Lachen das ganze Gesicht ausserordentlich sympathisch erscheinen lassen. Von Arbeit will Fantoma nichts hören. Er hat sich damit abgefunden: er bleibt ein Dieb.

Der würdige unzertrennliche Begleiter des Bandenchefs ist der sechzehn-jährige Eugen Zurcan, genannt "der Araber" oder auch "die Grille". Seine Spezialität sind Schaufensterdiebstähle, aber auch bei Einbrüchen tut er gerne mit. Bei der Polizei demonstriert er lebhaft, wie er stiehlt: er arbeitet ausnahmslos mit Schaufensterschlüsseln und einem langen Draht. In der Zeit zwischen 1 und 3 Uhr mittags und 8 und 10 Uhr abends schnappt der Schlüssel in das Schaufensterschloss ein; das Schloss wird rasch herumgedreht; vorsichtig schiebt sich der lange, mit Widerhaken versehene Draht in die Auslage, und je nach der Beschaffenheit des Ladens bleiben einige Paar Seidenstrümpfe, ein Paar Schuhe, einige Schachteln Puder oder andere gerade greifbare Gelantearien an den Haken hängen, um im Laufe der nächsten Stunde in Bierkneipen rasch ihren Eigentümer zu wechseln. Meistens werden die erbeuteten Waren um einen Bruchteil ihres wahren Wertes in dem Bukarester Bordellviertel an Prostituierte verkauft. Der "Araber" gestand 64 Eigentumsdelikte ein, betonte jedoch ausdrücklich, dass es womöglich noch bedeutend mehr sein könnten.

Der dritte Getreue Fantomas ist der achtzehnjährige Anton Litvinic, genannt "Tonciu", eine stadtbekannte Bukarester Figur. Tonciu ist krumm und geht auf Krücken, soll aber, wie seine Komplizen und er selbst stolz behaupten, besser klettern als irgend jemand mit geraden, gesunden Beinen. Er hat, wie er lächelnd erklärt, die "Birnenkrankheit"; er kann keine elektrische Glühbirne sehen, ohne sie zu stehlen. Wenn das Früchtel nun eine mattierte Lampe, die ja teurer ist als eine helle Birne, irgendwo an zugänglicher Stelle bemerkt, und mag sie noch so hoch hängen, so holt er sie herunter. In sämtlichen Bukarester Schulen, Amtsgebäuden und andern Lokalitäten, in denen zahlreiche Glühbirnen hängen, hat er sein Unwesen getrieben und oft ganze Gebäude in Dunkelheit versetzt. Auch Tonciu ist bereits sechsmal vorbestraft und gewärtigt als Komplize Fantomas und als ständiger Begleiter seines Herrn und Gebieters eine längere Gefängnisstrafe.

Ein weiteres sehr wichtiges Mitglied der Bande ist Vasile Ostarcic, genannt "die Bulldogge", ein neunzehnjähriger junger Mann, der bereits zwölf-

mal vorbestraft ist. Er will jedoch bei seiner polizeilichen Vernehmung von nichts wissen und auch an keinem Einbruch beteiligt sein. Stolz behauptet die Bulldogge, dass er sich mit Kleinigkeiten nicht abgebe und lediglich dann, wenn man ihm schwarz auf weiss einen grossen Zug, seine Spezialität, nachweisen werde, geständig sein wolle. Diesen Nachweis zu führen, fällt aber auch den Bukarester Kriminalbeamten sehr schwer, und so wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als die Bulldogge sachgemäss mit einer neunschwänzigen Katze bekannt zu machen die auch in Rumänien Zungen löst und den verbissensten Verbrecher zum Sprechen bringt.

Zwei weniger "Prominente" sind die Brüder Mahai und Stefan Zelinski, bekannt unter den Spitznamen "Spatz" und "Leiche"; zwei schwächliche Burschen im Alter von 17 und 16 Jahren, Spezialisten im Lebensmitteldiebstahl unter Bevorzugung des Eierdiebstahls.

Sechs junge Burschen an der Schwelle des Lebens, von denen noch keiner das zwanzigste Lebensjahr erreicht hat. Obgleich das Leben vor ihnen liegen müsste, verlorene Existenzen, bar jedweder Jugenträume und nur von dem einen Wunsche beseelt, ein grosser Dieb zu werden - - ein Dieb, "wie man ihn im Kino tagtäglich sieht!" - -

Der unsterbliche Ballhorn.

SPD. Man spricht vielfach vom "seeligen" Ballhorn. Diese Ausdrucksweise stimmt nicht. Der Mann lebt ganz unselig, lebt und wird fortleben, solange die deutsche Sprache besteht. Er lebt sogar in sämtlichen Sprachen der Erde, nur heisst er in den andern nicht Ballhorn, sondern eben anders. Aber er ist immer der gleiche Sprachverhunzer, den wir den deutschen Ballhorn nennen. An diesen müssen wir uns also hierzulande schon halten, an den deutschen Ballhorn, dem wir alle unsre sprachlichen Dummheiten und Geschmacklosigkeiten in die Schuhe schieben. Denn immer dieser eine hat sie verbrochen. Er ist der Sündenböck der Sprachphilisterei, der Typus der gedankenlosen Schwätzer und Redensartenprotzen. Und sämtliche Prägungen solcher Münzen für den täglichen Sprachgebrauch werden ihm zu Ehr' und Vaterschaft Verballhornungen genannt. Mühelos und mit unheimlicher Triebkraft pflanzen sie sich fort und breiten sich in die zahllosen Nachplapperkanäle aus. Schlagwörter hirnlosen Ursprungs. Eine Anthologie von derlei Sprachdummheiten dürfte einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Fixierung der geistigen Allgemeinverfassung eines Volkes liefern, - den jeweiligen Gradmesser kultureller Auf- und Abwärtsbewegung.

Ein Schlagwort zur Probe: - "Letzten Endes!" - Setzt man daneben "Ersten Anfangs", so bedarf es eigentlich keiner weiteren Erläuterung, um sein sprachliches Manko gegenüber einem knappen, erschöpfenden "zuletzt", "schliesslich", "endlich" darzutun, wie auch den gedanklichen Irrsinn dieses Sprachmonstrums.

Was sagt - von jedem Sprachempfinden höherer Art zu schweigen - der nüchterne Gedankenlogiker, der trockene Schulmeister der Sprachgesetzlichkeit, der Mathematiker, der Grosse Duden, ja, der Staatsanwalt dazu, dass das Ende kein absolutes mehr sein soll, sondern noch Uebersteigerungsmöglichkeiten habe? Nach dem gewöhnlichen Ende noch ein letztes. Warum könnten wir nicht ebenso gut "vorletzten Endes" oder gar "definitiv letzten, allerletzten Endes" sagen? - Ich meine, die Puste müsste den Sprachgesetzlern ausgehen, wollten sie jedes Alltagsleben, am Stammtisch, in Vereinsreden, Versammlungen aller Geistesrichtungen, Parlamenten und Konferenzen, vom kleinsten Manne bis zum Ständeshöchsten gesprochene "Letzten Endes" monieren; es gäbe so viel rote Tinte gar nicht, um jedes geschriebene, gedruckte "Letzten Endes" in geschäftlichen wie privaten Korrespondenzen, in Zeitungsleitartikeln und Textreklamen, in sportlichen, geschichtlichen, belletristischen und wissenschaftlichen Büchern

der muss ich's sagen: auch in den Meisterwerken heutiger grösster Dichter
und ich es dutzendfach); nein, es gäbe so viel rote Tinte nicht, diese "Letzten
Endes" mit dem Fehlerstrich am Rande zu kennzeichnen.

Halten wir die früher und heute beliebten Schlagwörter daneben, vom "Fa-
selhaft" bis zum "einfach süß" und "blendend" - so sieghaft wie "Letzten Eh-
des", so alle Schichten des Volkes, jeden Stand, jedes Alter und Geschlecht,
den Ungebildeten wie den Gebildeten im Reiche umfassend, hat noch keines sich
durchgesetzt, wie gerade dieses, das dümmste, das banalste aller Zeiten.
Eben weil es das ist. Ein Musterbeispiel für Volksverbrüderung im Ungeiste.
Es ist parteilos (denn es schwingt in jeder Parteidrede), es ist konfessionslos
(denn es läutet durch alle Predigten), es dient keiner Klasse (denn es rasselt
im Munde des Kleinbauern so gut wie in dem des feudalsten Landjunkers), es
ermüdet die Rede jedes deutschen Mannes, jeder deutschen Frau, es ist das uns
alle verknüpfende Band unserer Zeit, die sich nun mal - "letzten Endes" auswir-
ken will.

Hoffentlich fühlt sich keiner der Leser von diesen Ausführungen "letzten
Endes" mit getroffen!

Karl Schneider=de Witt.

Warum muss man Salz essen?X

SPD. Gegenwärtig geht eine grosse Bewegung gegen das Salzessen durch
alle Kreise. Salz gilt für ungesund, und "salzlose Diät" verordnet man bei vielen
Krankheiten. Salzzziehung bei gewissen Krankheiten mag richtig sein. Aber der
Gesunde muss doch folgendes bedenken:

Warum hat der Mensch so lange Salz zu sich genommen? Warum ist Salz über-
haupt so wichtig? Praktisch genommen ist in allem, was wir in die Hand nehmen,
Kochsalz vorhanden. Denn wir sind durchtränkt mit Kochsalzlösung und teilen
das mit allem Lebendigen. Unser Blut ist eine 0,89-prozentige Kochsalzlösung.
Eine ebensolche Lösung ist das Wasser in allen Lebenden. Wir enthalten etwa
1 % Kochsalz, und das ist die einfache Erklärung dafür, dass man herausge-
schnittene Herzen in Kochsalzlösung weiter pulsieren lassen mag, vom Körper ab-
getrennte Gewebe sogar monatelang darin bei Leben und Wachstum erhalten kann.
Eine Kochsalztransfusion hat Unzähligen im Kriege und nach Operationsblutver-
lusten Leben und Gesundheit wiedergegeben. Die belebende Wirkung der Salzlö-
sungen bezeugen Badeorte und Heilmittel, und die Zukunft birgt darin noch
manches. Dieses Kochsalz ist zu 2,8 % in Rückstände jedes Meereswassers vorhan-
den. Dorthin kommt es aus der Erde selbst; schon alle Quellen führen eine win-
zige Menge davon und häufen Körnchen um Körnchen im grossen Becken, in dem ihre
Laufbahn zur Ruhe kommt. Freilich ist das keine Erklärung, sondern man greift
hier nur an einem beliebigen Punkte in einen der grossen Kreisläufe der Natur
hinein. Quellen und Sickerwasser beladen sich mit Kochsalz aus den einstigen
Niederschlägen gewesener Meere, die sich tief in den Gebirgen verbergen. Nie
noch hat man Steinsalz und die ihm verwandten Edelsalze oder den von ihnen
untrennbaren Gips (der auch im Ozean zu 0,75 % gelöst ist) gefunden, ohne dass
sie geschichtet gewesen wären und dadurch verraten hätten, sie seien Sedimente,
d.h. Wasserabsätze. Alle Sedimente der Erde enthalten etwa 1 % Salze.

Das Kochsalzproblem reduzierte sich also auf die Frage, woher stammt die
Salzmenge des Urmeeres, wenn sich nicht inzwischen auch herausgestellt hätte,
dass die meisten dem Erdkern angehörig Gesteine ebenfalls Salz enthielten.
Sogar die Vulkane holen aus dem Erdinnern besonders Kochsalz in solchen Men-
gen herauf, dass 1822 die Vesuvianwohner ihren Haushaltbedarf aus dem Krater
deckten. Aus alledem ergibt sich etwa folgendes Bild: Die Bindung des Salzes
hat bereits gelegentlich der Bildung der Erde selbst stattgefunden, und das Ur-

Der muss ich's sagen: auch in den Meisterwerken heutiger grösster Dichter (und ich es dutzendfach); nein, es gäbe so viel rote Tinte nicht, diese "Letzten Endes" mit dem Fehlerstrich am Rande zu kennzeichnen.

Halten wir die früher und heute beliebten Schlagwörter daneben, vom "Fabelhaft" bis zum "einfach süß" und "blendend" - so sieghaft wie "Letzten Endes", so alle Schichten des Volkes, jeden Stand, jedes Alter und Geschlecht, den Ungebildeten wie den Gebildeten im Reiche umfassend, hat noch keines sich durchgesetzt, wie gerade dieses, das dümmste, das hanebüchenste aller Zeiten. Eben weil es das ist. Ein Musterbeispiel für Volksverbrüderung im Ungeiste. Es ist parteilos (denn es schwingt in jeder Parteidrede), es ist konfessionslos (denn es läutet durch alle Predigten), es dient keiner Klasse (denn es rasselt im Munde des Kleinbauern so gut wie in dem des feudalsten Landjunkers), es schmückt die Rede jedes deutschen Mannes, jeder deutschen Frau, es ist das uns alle verknüpfende Band unserer Zeit, die sich nun mal - "letzten Endes" auswirken will.

Hoffentlich fühlt sich keiner der Leser von diesen Ausführungen "letzten Endes" mit getroffen!

Karl Schneider=de Witt.

Warum muss man Salz essen?^x

SPD. Gegenwärtig geht eine grosse Bewegung gegen das Salzessen durch alle Kreise. Salz gilt für ungesund, und "salzlose Diät" verordnet man bei vielen Krankheiten. Salzentziehung bei gewissen Krankheiten mag richtig sein. Aber der Gesunde muss doch folgendes bedenken:

Warum hat der Mensch so lange Salz zu sich genommen? Warum ist Salz überhaupt so wichtig? Praktisch genommen ist in allem, was wir in die Hand nehmen, Kochsalz vorhanden. Denn wir sind durchtränkt mit Kochsalzlösung und teilen das mit allem Lebendigen. Unser Blut ist eine 0,89-prozentige Kochsalzlösung. Eine ebensolche Lösung ist das Wasser in allen Lebenden. Wir enthalten etwa 1 % Kochsalz, und das ist die einfache Erklärung dafür, dass man herausgeschnittene Herzen in Kochsalzlösung weiter pulsieren lassen mag, vom Körper abgetrennte Gewebe sogar monatelang darin bei Leben und Wachstum erhalten kann. Eine Kochsalztransfusion hat Unzähligen im Kriege und nach Operationsblutverlusten Leben und Gesundheit wiedergegeben. Die belebende Wirkung der Salzlösungen bezeugen Badeorte und Heilmittel, und die Zukunft birgt darin noch manches. Dieses Kochsalz ist zu 2,8 % in Rückstände jedes Meereswassers vorhanden. Dorthin kommt es aus der Erde selbst; schon alle Quellen führen eine winzige Menge davon und häufen Körnchen um Körnchen im grossen Becken, in dem ihre Laufbahn zur Ruhe kommt. Freilich ist das keine Erklärung, sondern man greift hier nur an einem beliebigen Punkte in einen der grossen Kreisläufe der Natur hinein. Quellen und Sickerwasser beladen sich mit Kochsalz aus den einstigen Niederschlägen gewesener Meere, die sich tief in den Gebirgen verbergen. Nie noch hat man Steinsalz und die ihm verwandten Edelsalze oder den von ihnen untrennbaren Gips (der auch im Ozean zu 0,75 % gelöst ist) gefunden, ohne dass sie geschichtet gewesen wären und dadurch verraten hätten, sie seien Sedimente, d.h. Wasserabsätze. Alle Sedimente der Erde enthalten etwa 1 % Salze.

Das Kochsalzproblem reduzierte sich also auf die Frage, woher stammt die Salzmenge des Urmeeres, wenn sich nicht inzwischen auch herausgestellt hätte, dass die meisten dem Erdkern angehörigen Gesteine ebenfalls Salz enthielten. Sogar die Vulkane holen aus dem Erdinnern besonders Kochsalz in solchen Mengen herauf, dass 1822 die Vesuvanwohner ihren Haushaltbedarf aus dem Krater deckten. Aus alledem ergibt sich etwa folgendes Bild: Die Bindung des Salzes hat bereits gelegentlich der Bildung der Erde selbst stattgefunden, und das Ur-